



**Theoretische Konferenz „Imperialismus“
13. Juni 2026, Leverkusen**

Zusammenfassung	3
UZ-Bericht: „Mit theoretischer Schärfe“	3
Referat	5
„Positionen der DKP in der Debatte zur Analyse der Entwicklung des Imperialismus“	5
Arbeitsgruppen	13
AG I: Neokoloniale Abhängigkeiten / Ausbeutung heute · Einleitungsreferat von Günter Pohl ..	13
AG I: Bericht der AG „Neokoloniale Abhängigkeiten / Ausbeutung heute“	17
AG II: Die Rolle von G7, EU und NATO · Einleitungsreferat von Kurt Baumann	18
AG II: Bericht der AG „Die Rolle von G7, NATO und EU“	26
AG III: Die Rolle von BRICS/SCO beim Kampf gegen den Neokolonialismus · Einleitungsreferat von Matthew Read.....	27
AG III: Bericht der AG „Die Rolle des BRICS-Bündnisses und der SCO im Kampf gegen den Neokolonialismus“	32

Tagesordnung

- 11:00 Referat: Positionen der DKP in der Debatte zur Analyse der Entwicklung des Imperialismus
- 11:45 – 14:00 Uhr Diskussion
- 14:00 – 14:45 Mittagspause
- 14:45-17:45 Arbeitsgruppen mit einer jeweiligen Einleitung von 30 Minuten
 - i. Neokoloniale Abhängigkeiten/Ausbeutung heute
 - ii. Die Rolle von G7, EU und NATO
 - iii. Die Rolle von BRICS/SCO beim Kampf gegen den Neokolonialismus
- 17:45-18:15 Darstellung der Diskussionen in den AGs im Plenum
- 18:15-18:30 Schlusswort

Zusammenfassung

UZ-Bericht: „Mit theoretischer Schärfe“

90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten auf DKP-Konferenz in Leverkusen über den Imperialismus

„Lasst uns heute intensiv diskutieren“, rief der Vorsitzende der DKP, Patrik Köbele, am Ende seines Referats auf. Dem folgten die 90 Genossinnen und Genossen, die am 13. Juni nach Leverkusen gekommen waren. Die dortige Karl-Liebknecht-Schule war Gastgeberin der theoretischen Konferenz zum Thema Imperialismus. Alle Bezirke und Landesorganisationen der DKP hatten Mitglieder delegiert. Auffällig dabei war das Durchschnittsalter der Konferenz, welches deutlich unter dem der Partei lag.

Auf der 4. Tagung des Parteivorstands im Frühjahr hatte sich das Leitungsgremium mit der Einschätzung des Imperialismus beschäftigt. Diese sollte mit der Konferenz vertieft werden. In seinem Einleitungsreferat ging Köbele auf die internationalen Entwicklungen seitdem ein. Sie hätten die grundlegenden Analysen bestätigt. Wichtig sei, die sich stetig verändernden Widersprüche im imperialistischen System im Blick zu behalten und genau zu untersuchen. „Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus“, können laut Köbele „Widersprüche in den Vordergrund treten, die zwar durch den Grundwiderspruch hervorgebracht werden, aber eben mit ihm nicht deckungsgleich sind. Das betrifft die nationale Frage bei kolonial oder neokolonial unterdrückten und ausgebeuteten Nationen, das betrifft die Frage des antifaschistischen Kampfes, wenn Teile des Monopolkapitals zum Faschismus übergehen, das betrifft den Friedenskampf, wenn Kriege, gar Weltkriege drohen“. Das müsste die Kommunistische Partei in ihrer Strategieentwicklung und Bündnispolitik beachten. Deshalb sei die antimonopolistische Strategie richtig, denn mit ihr suche man die Heranführung an den revolutionären Bruch, der möglichst viele Klassen und Schichten gewinnt, die vom Monopolkapital bedrängt werden.

Die anschließende Diskussion wurde sehr konstruktiv und solidarisch geführt, ohne auf theoretische Schärfe zu verzichten. Übereinstimmung gab es in der Frage des Fortbestehens des Systems der (neo-)kolonialen Ausbeutung. Von einzelnen Akteuren der kommunistischen Weltbewegung wird dies in Zweifel gezogen. Differenzen gab es zur Einschätzung des Parteivorstands, dass der „Imperialismus vom Verlust seiner Hegemonie“ bedroht ist und deshalb auf einen großen Krieg zusteuert. Offensichtlich sei zwar der Einflussverlust der USA und der EU-Staaten, aber bedeute dies gleichzeitig auch eine Gefährdung des imperialistischen Weltsystems? In diesem Zusammenhang wurde auch über die Rolle der BRICS-Staaten und ihres Zusammenschlusses diskutiert. Bedeute die Herausbildung einer multipolaren Welt die Zurückdrängung des Imperialismus oder entwickle sich in diesen kapitalistischen Ländern nicht zwangsläufig monopolkapitalistische Strukturen, die zu einer Herausbildung eines zweiten imperialistischen Zentrums führen würden? Es ginge damit nach wie vor um die Einschätzung der Entwicklung und Rolle der Volksrepublik China, brachte es ein Diskutant auf den Punkt.

Wie es sich für eine theoretische Konferenz gehört, wurde um Begriffe und weltanschauliche Grundlagen gerungen. Ob der Begriff „Räuber“, der im Referat der 4. PV-Tagung anschließend an Lenin für die in der G7 zusammengeschlossenen Staaten verwendet wurde, scharf genug sei, wurde bezweifelt. Auch wurde diskutiert, ob marxistische Gesetze unabhängig von Akteuren wirken, oder sich nur durch ihr jeweils konkretes Handeln durchsetzen. Natürlich könne ein heute unterdrücktes Land in

einem Gedankenexperiment zu einem imperialistischen Land aufsteigen. Nur, in der Realität habe es dies bisher nicht gegeben. Es habe zwar unter den imperialistischen Akteuren relevante Veränderungen seit Lenins Untersuchung gegeben, die Kontinuität imperialistischer Vorherrschaft und damit auch (neo-)kolonialer Ausbeutung sei aber bezeichnend.

Fortgesetzt wurde die Diskussion in drei Arbeitsgruppen. Dort referierten einleitend Günther Pohl zu „Neokoloniale Abhängigkeiten/Ausbeutung heute“, Kurt Baumann zu „Rolle von G7, EU und NATO“ sowie Matthew Read zu „Rolle von BRICS/SCO beim Kampf gegen den Neokolonialismus“.

Die intensive Diskussion wurde auch in den Arbeitsgruppen fortgesetzt. Davon zeugten die Berichte, die deren Arbeit für das Plenum zusammenfassten. Auch wenn die DKP es mit der theoretischen Konferenz noch nicht geschafft hat, die Differenzen zu überwinden, so hat sie doch zur Klärung einiger Positionen und zum besseren Verständnis beigetragen. Mit den vier Referaten ist es auch gelungen, die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus zu vertiefen. Große Einigkeit bestand in der Schlussfolgerung aus Köbeles Referat: „Lasst uns die DKP stärken – die kommunistische Partei, die antiimperialistische Partei in diesem Land der imperialistischen Räuber.“

Björn Blach

Unkorrigiertes Manuskript.

Es gilt das gesprochene Wort.

Referat

„Positionen der DKP in der Debatte zur Analyse der Entwicklung des Imperialismus“

Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP “

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte zum Einstieg noch einmal kurz zentrale Punkte aus dem Referat der 4. PV-Tagung wiederholen.

Wir bekräftigen, dass die Leninsche Imperialismustheorie ein unverzichtbares Instrument für die Analyse der Entwicklungen im Imperialismus darstellt und zugleich Eckpunkt der Feststellung ist, dass es sich beim Imperialismus um das „Endstadium des Kapitalismus, (die) Vorbereitung des Sozialismus“ handelt. Ohne die Verwendung der Leninschen Imperialismustheorie ist keine zeitgemäße Entwicklung marxistischer Theorie und Praxis möglich.

Dabei halten wir fest, dass wir von Marx, Engels und Lenin lernen müssen, die Theorie immer auf das Historisch-Konkrete anzuwenden, oder wie Lenin es sagt: „Eine unbedingte Forderung der marxistischen Theorie bei der Untersuchung jeder wie immer gearteten sozialen Frage ist, sie in einen bestimmten historischen Rahmen zu stellen (...)“ (LW 20, 403)

Wir gehen darauf ein, dass Lenin den Imperialismus als Weltsystem sieht, dies aber definiert als ein System der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung, das dominiert wird von imperialistischen Räubern und deren Verbündeten, denen auf der anderen Seite die unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Nationen entgegenstehen.

Dies analysieren wir auch für die heutige historisch-konkrete Situation, in der es nach unserer Analyse nach wie vor neokoloniale Ausbeutung und Unterdrückung gibt, wobei

diese neokoloniale Form heute im Wesentlichen die koloniale Form abgelöst hat, der heute eine geringere Bedeutung zukommt.

Wir bekräftigen die Leninsche Analyse, dass in den imperialistischen Ländern beziehungsweise im imperialistischen Stadium des Kapitalismus das Monopol zum strukturbestimmenden Moment des Kapitalismus geworden ist. Dies ist eine wichtige Differenzierung der Kapitalistenklasse. Wir verweisen auf die Differenzierungen, die Lenin auf der anderen Seite für die Arbeiterklasse analysiert hat. Und wir verweisen auf Differenzierungen, die in der weiteren historischen Entwicklung durch die kommunistische Weltbewegung präzisiert beziehungsweise analysiert wurden. Ich nenne hier die Rolle der Kompradorenbourgeoisie bei der kolonialen und neokolonialen Unterdrückung. Ich nenne aber auch die Differenzierung bei der Analyse des Faschismus an der Macht als der „offene[n], terroristisch[en] Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Georgi Dimitroff).

Wir unterbreiten einen Vorschlag zur Kategorisierung von Nationalstaaten heute, wobei wir darauf verweisen, dass die Entwicklungen eine hohe Dynamik haben. Das ist sicherlich eines der Kapitel des Referats, über das sich die Debatte sehr lohnt, weil wir dort doch die Differenziertheit der heutigen Welt skizzieren.

Wir halten an den Überlegungen fest, die seit vielen Jahrzehnten Eckpunkte der Strategieentwicklung im globalen Maßstab in

der kommunistischen Weltbewegung waren. Wir haben es mit drei revolutionären Hauptströmungen zu tun – mit den Ländern des sozialistischen Aufbaus, mit den nationalen Befreiungsbewegungen und mit der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern. (Ich stelle das hier im Verhältnis zum Referat der 4. PV-Tagung etwas verkürzt dar.)

In zwei Exkursen befassen wir uns einerseits mit der Entwicklung Russlands und seinem Verhältnis zu NATO, G7-Block und EU und andererseits mit der Besonderheit des Verhältnisses von Russland und China. Das tun wir, weil beide Fragen aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung für die Bewertung der historisch-konkreten Situation haben. Damit knüpfen wir an unsere mehrfach getroffene Feststellung an, dass wir uns in einer Etappe des Kampfes des Imperialismus gegen seinen drohenden Hegemonieverlust befinden, die wiederum Bestandteil der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab ist.

Welche Bedeutung solche Fragen haben, kommt meines Erachtens in einem Artikel von Ho Chi Minh zum Ausdruck, der die Überschrift „Mein Weg zum Leninismus“ trägt. Er berichtet über seine Zeit in Frankreich und den Streit, ob sich die damalige sozialistische Partei der Zweiten oder der Dritten Internationale anschließen solle: „Mich interessierte vor allem eines – und gerade darüber wurde auf den Versammlungen niemals gesprochen. Welche Internationale würde bereit sein, für die Sache der unterjochten Völker einzutreten. Diese Frage – nach meiner Meinung die wichtigste – warf ich auf einer der Versammlungen in die Debatte. Darauf antworteten einige Genossen: ‚Die Dritte, nicht die Zweite Internationale‘ und einer gab mir Lenins ‚Thesen zur nationalen und kolonialen Frage‘ zu lesen.“ An anderer Stelle sagt er: „Beharrlich brachte ich mein einziges Argument vor: ‚Wenn Sie den Kolonialismus nicht verurteilen und sich nicht an die Seite der unterjochten Völker stellen, was soll Ihre Revolution dann überhaupt?‘“

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Referat der 4. PV-Tagung wurde in vielen Gliederungen der Partei diskutiert. Es fand große Zustimmung.

Zuerst möchte ich aber einige neue Entwicklungen benennen, die sich nach der 4. PV-Tagung ergeben haben. Sie bekräftigen aus meiner Sicht die dort getroffenen Einschätzungen, verweisen gleichzeitig aber auch auf die ebenfalls benannte hohe Dynamik der Entwicklung.

Bei aller Strategie des deutschen Imperialismus, perspektivisch eine Weltmachtrolle zu spielen, ist er derzeit nicht in der Lage, beim Kampf gegen den Hegemonieverlust des Imperialismus aus dem Windschatten der USA zu treten. Dies ergibt sich aus der militärischen Überlegenheit der USA, aber auch aus der ökonomischen Abhängigkeit von den USA. Eine Energieautonomie, eine Datenautonomie oder eine Autonomie der Militärtechnik sind für die EU im Verhältnis zu den USA und erst recht für Deutschland im Verhältnis zu den USA noch ferne Zukunftsmusik. Der deutsche Imperialismus weiß, dass das nur mit einer EU unter deutscher Führung erreichbar ist. Die ist aber auch Zukunftsmusik, zumindest als stabiles, auch von möglichen Konkurrenten anerkanntes Konstrukt. Dazu kommt: Der deutsche Imperialismus hat keine Atomwaffen – die „nukleare Teilhabe“ unterliegt der Kontrolle durch den US-Imperialismus und weder der französische noch der britische Imperialismus sind bereit, ihren diesbezüglichen Vorteil dem deutschen Imperialismus zu opfern. Gleichzeitig – und das hat sich aktuell verschärft – ist der US-Imperialismus entschlossen, seinen „Windschatten“ zu verkleinern. Er will sich mehr auf seinen Hauptgegner China konzentrieren und der Windschatten ist ihm ökonomisch zu teuer. Das ist der Hintergrund für die Entscheidung, die für dieses Jahr geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen nicht zu vollziehen. Diese Entscheidung stellt die Überlegungen für einen Krieg gegen Russland tatsächlich vor ein Problem, denn ein solcher Krieg ist nur denkbar, wenn es gelingt, in einem

Erstschlag möglichst viele Ressourcen des Gegners auszuschalten. Das meinen sie, wenn sie von einer „Fähigkeitslücke“ sprechen. Sie arbeiten deshalb an Wegen, dies auszugleichen. Wenig erfolgversprechend ist wohl der Weg des Kaufs von Tomahawk-Systemen in den USA. Der Weg einer gemeinsamen europäischen Entwicklung wird inzwischen überschattet vom Scheitern des deutsch-französischen Projekts FCAS. Der deutsche Imperialismus weiß dabei eines: Er benötigt riesige Mengen von Ressourcen – vor allem Geld, Menschen und Rüstungsindustrie. Für letztere nützt er selbst die Deindustrialisierung, die Ergebnis der sich verschärfenden Krise und der Unterordnung unter die Gesamtstrategie des Imperialismus ist. Die Umstellung auf Rüstung und Kriegswirtschaft wird zum Strohalm, an den sich viele der vom Generalangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte Betroffenen klammern. Dieser Generalangriff umfasst die Angriffe auf die Rente, das Gesundheitswesen, die Pflege, die Inflation vor allem bei Energie, Wohnen und Lebensmitteln, die Deindustrialisierung. Der Generalangriff ist Teil der Antwort des deutschen Imperialismus auf die Verschärfung der innerimperialistischen Widersprüche bei Festhalten an seiner Strategie, kriegsfähig zu werden.

Zur Zunahme der Widersprüche gehört auch das Scheitern Deutschlands bei der Wahl des UN-Sicherheitsrats. Welche Freude zu sehen, wie das Selbstbewusstsein vieler Nationen wächst und diese eben nicht mehr gewillt sind, „am deutschen Wesen zu genesen“. Welche Kraft könnte sich ergeben, wenn diese neue internationale Realität mit einem Selbstbewusstsein einer klassenbewussten Arbeiterklasse in Deutschland zusammenkäme.

Dabei nehmen die Ansätze zur Schaffung von Klassenbewusstsein durchaus zu. Die Bundesregierung – Friedrich Merz, Lars Klingbeil und Konsorten – ist unbeliebt wie nie. Die Menschen merken, dass sie betrogen werden, dass ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. Die 12-Uhr-Regel und der Tankrabbat sind ein Witz und mit Juli-Beginn werden die

Benzinpreise wieder um mindestens 17 Cent steigen, je nachdem, wie viel die Konzerne noch draufschlagen.

Aber angeblich schnallen auch die Politiker den Gürtel enger: Im Bundestag soll auf die Diätenerhöhung verzichtet werden – welch ein Opfer bei monatlichen Diäten in Höhe von 11.833,77 Euro. Der Landtag von NRW will nicht verzichten, weil sich die automatische Erhöhung an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren würde. Lebenswirklichkeit? Die Diäten im Landtag von NRW betragen 11.463,66 Euro im Monat. Allein der Betrag der Erhöhung wird schon in Richtung des monatlichen Regelsatzes eines Bürgergeldempfängers gehen. Der Oberbürgermeister von Essen, Thomas Kufen (CDU), wird mit dem Satz zitiert: „Das Ausplündern von Sozialkassen kenne ich in dieser Intensität nur in Deutschland.“ Er meint nicht die Abgeordneten, die Konzerne und Bonzen, er meint die Armen. Diese Kaputtheit spüren alle – allein es fehlt der Kristallisationspunkt, der Wut in Widerstand verwandelt.

Zart beginnt sich etwas zu regen, auch in den Gewerkschaften – zwar viel zu langsam, aber auch dafür führen wir diese Debatte, denn ohne klare Analyse, ohne Strategie wird es nicht gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor uns stand mit der 4. PV-Tagung nicht die Aufgabe, den Imperialismus erstmalig als „höchstes und letztes, besonderes historisches Stadium“ des Kapitalismus zu analysieren. Ebenfalls mussten wir nicht seinen „bestimmenden Grundzug, die unumschränkte ökonomische und politische Herrschaft des Monopols“ neu beschreiben – daran hat sich aus unserer Sicht seit Lenins Analyse nicht verändert. Wir konnten uns vor allem der politischen Analyse zuwenden, weil es uns ja auch um die Ableitung und Ausarbeitung einer richtigen politischen Strategie der DKP in dieser historisch-konkreten Situation ging und geht.

Trotzdem fehlen uns tatsächlich ökonomische Analysen – im globalen, im europäischen, im EU-weiten und im nationalen Maßstab. Vor allem fehlen uns leider auch die Ressourcen dazu. Beispielhafte, keineswegs vollständige Fragen, die zu bearbeiten wären, nennen wir unter anderem im Kapitel „Monopol und Imperialismus“ des Referats – Zitat: „Wie voll ist die ‚Kriegskasse‘ eines Monopols (um zum Beispiel zum Kapitalexport beizutragen)? Wie groß ist die Staatsnähe (staatsmonopolistische Durchdringung)? Wie stark ist die Verschmelzung mit dem Bankkapital? Wie eng ist das Verhältnis zur Entwicklung der am weitesten fortgeschrittenen Produktionsmittel? Wie ist die Eigentümerstruktur? Wie machtvoll ist der ‚Heimatstaat‘?“ Hier teilen wir durchaus die geäußerte Kritik und wir sind mit marxistischen Wissenschaftlern in der Diskussion, ob sie uns hier helfen können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Marx und Engels gebührt das Verdienst, das Wesen aller Ausbeutergesellschaften auf den Punkt gebracht zu haben. Ihre objektiven ökonomischen Bedingungen sind die materiellen Möglichkeiten, ein Mehrprodukt zu erzeugen und die Konzentration der Produktionsmittel in den Händen einer bestimmten sozialen Gruppe als Privateigentum.

Marx und Engels gebührt ebenfalls das Verdienst, den Grundwiderspruch des Kapitalismus auf den Punkt gebracht zu haben.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse. Dieser Widerspruch ist antagonistisch, ein unüberbrückbarer Widerspruch, der nur durch seine Aufhebung gelöst werden kann. Er beruht auf dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und ergibt den Klassenwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Die Entwicklung der Produktivkräfte verschärft diesen Widerspruch quantitativ. Allerdings schlägt diese quantitative Veränderung in eine qualitative Veränderung um, die nicht den Kapitalismus aufhebt, ihn aber in ein besonderes historisches Stadium – den Imperialismus – führt. Diese Erkenntnis ist Lenin geschuldet, der damit eine unverzichtbare Weiterentwicklung des Marxismus ermöglichte, ohne die seit den frühen Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts keine marxistische Analyse oder Strategie- und Taktikentwicklung mehr möglich ist.

Diese von Lenin analysierte qualitative Veränderung des Kapitalismus führt einerseits dazu, dass sich die allgemeine Krise des Kapitalismus herausbildet, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst, also zum Beispiel die Ökonomie, die Ökologie, die Politik, die Kultur, die Moral, aber auch solche Fragen wie Migration und Flucht, innerimperialistische Widersprüche und Krieg, das Zusammenleben der Völker.

Andererseits führt die Herausbildung des Imperialismus auch zu Differenzierungen in den beiden Hauptklassen des Kapitalismus, also in der Bourgeoisie und im Proletariat. Der Differenzierung im Proletariat, also der Herausbildung von Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie, wird oftmals viel Raum und Gehirnschmalz gewidmet. Auf der anderen Seite wird die Feststellung, dass das Monopol das Wesen des Imperialismus, sein strukturbestimmendes Moment ist, oft wiederholt, aber manchmal – von der Konsequenz her – zu wenig bedacht. Denn daraus leitet sich zwingend ab, dass dem Monopolkapital als Teil der Kapitalistenklasse im Imperialismus eine besondere Rolle zukommt. Über das Monopolkapital realisiert sich die Herrschaft der Kapitalistenklasse in der Gesamtheit. Dabei werden selbst Teile des Monopolprofits aus der besonderen Beziehung des Monopolkapitals zu anderen Teilen der Kapitalistenklasse realisiert. Beispiele sind Knebelverträge und Preisdiktate an Zulieferer, die nichts daran ändern, dass auch die Zulieferer

Kapitalisten sind und trotzdem innerhalb der Kapitalistenklasse selbst Spaltungslinien und Unterdrückungsmechanismen entstanden sind. Dabei sind diese nicht monopolistischen Teile der Kapitalistenklasse ambivalent. Sie existieren auf Basis der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeiter und Angestellten, sie haben die Hoffnung, selbst in den Kreis des Monopolkapitals aufsteigen zu können und erleben gleichzeitig den Widerspruch zum Monopolkapital.

Aus dieser Situation ergibt sich die Erkenntnis, dass im imperialistischen Stadium des Kapitalismus der nach wie vor geltende Grundwiderspruch regelmäßig von Ausprägungen dieses Widerspruchs überlagert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

zur Problematik der Widersprüche und der Dynamik der Veränderung der Widersprüche beschrieb unser Genosse Hans Heinz Holz ein Beispiel im internationalen Klassenkampf: „Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ist in der bürgerlichen Gesellschaft der Grundwiderspruch der durch ihre Struktur (= Eigentumsverhältnisse) bedingten Aneignungsweise ein genereller; er ist ein Hauptwiderspruch. Die Widersprüche zwischen den Kapitalisten verschiedener Länder sind hingegen spezielle, sie sind Nebenwidersprüche. Diese Rangordnung gilt unter der Voraussetzung der friedlichen Koexistenz zwischen kapitalistischen Ländern. Wo diese Konkurrenz, der Ausdruck der Widersprüche zwischen den Kapitalisten verschiedener Länder, zum Krieg führt, der den Bestand eines ganzen nationalen Wirtschaftssystems und sogar das Leben der Kapitalisten wie der Ausgebeuteten bedroht, kann der Hauptwiderspruch zurücktreten und der Nebenwiderspruch zeitweilig die Rolle des Hauptwiderspruchs übernehmen; denn das Leben ist die Gattung, von welcher die

Gesellschaftsformen Arten sind, und auf dieser Umkehrung der Gattungsverhältnisse beruht die Möglichkeit eines Klassenbündnisses der nationalen Front. Selbstverständlich werden sich später die ursprünglichen Relationen wiederherstellen, (...) im besetzten Gebiet verstehen die Kapitalisten sehr bald ihren Profit durch Kollaboration mit dem Landesfeind zu machen, die fremden Kapitalisten lassen ihnen einen Spielraum für eigene Gewinne, und schon treten die Klassengegensätze wieder als Hauptwiderspruch hervor und haben sogar den Nebenwiderspruch des nationalen Gegensatzes in sich aufgenommen; der Klassenfeind ist als Kollaborateur nun auch noch ein Landesverräter.“¹ Holz untersuchte hier Fragen von Haupt- und Nebenwiderspruch, wie sie vor allem Mao Zedong entwickelt hatte. Unabhängig von der Begrifflichkeit besteht der Fakt, dass im imperialistischen Stadium des Kapitalismus Widersprüche in den Vordergrund treten, die zwar durch den Grundwiderspruch hervorgebracht werden, aber eben mit ihm nicht deckungsgleich sind. Das betrifft die nationale Frage bei kolonial oder neokolonial unterdrückten und ausgebeuteten Nationen, das betrifft die Frage des antifaschistischen Kampfes, wenn Teile des Monopolkapitals zum Faschismus übergehen, das betrifft den Friedenskampf, wenn Kriege, gar Weltkriege drohen.

Diese Realität der Widersprüche führt zu Konsequenzen für die Realität der Kämpfe um die proletarische Revolution. Empirisch haben wir das 2021 im Referat „Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution“ beschrieben und gesagt: „Alle Erfahrungen seit der Oktoberrevolution deuten darauf hin, dass proletarische/sozialistische Revolutionen nicht unbedingt als solche beginnen beziehungsweise der proletarische/sozialistische Charakter von anderen Momenten überlagert, beeinflusst wird.“

¹ Hans Heinz Holz: Widerspruch in China. Politisch-philosophische Erläuterungen zu Mao Tse-tung,

München 1970, S. 88 f.

Wir sagten dort weiter: „Die chinesische und die kubanische Revolution sowie der Sieg in Vietnam waren zugleich Prozesse der nationalen Befreiung. Die Revolutionen in den sogenannten Volksdemokratien in Europa und der DDR begannen mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und hatten zusätzlich den Charakter der nationalen Befreiung. Sie waren nicht überall Ergebnis des Kampfes der Volksmassen, dafür aber überall Folge der Befreiung durch den Sieg der Roten Armee der Sowjetunion, die selbst ein fragiles Bündnis mit den westlichen Alliierten eingegangen war. Die Anfänge der Revolutionen in Angola, Mosambik und weiteren portugiesischen Kolonien waren dominiert vom Charakter der nationalen Befreiung, dem antikolonialen Kampf.

In Portugal stand die antifaschistische Befreiung im Vordergrund (...). In Chile und Portugal siegte die Konterrevolution – bevor es gelang, den fortschrittlichen Prozess zur proletarischen Revolution weiterzuentwickeln. In Venezuela spricht vieles dafür, dass der Grad der erreichten Phase der nationalen Befreiung gefährdet ist durch die Furcht wichtiger Kräfte vor dem Bruch mit dem Kapitalismus.“ Wie Recht wir mit der letzten Aussage hatten, erleben wir heute.

Wir wiesen darauf hin, „dass dieser Charakter der Revolutionen dazu führte, dass der erste Stoß in der Regel nur gegen einen Teil des Kapitals, teilweise sogar nur gegen einen Teil des Monopolkapitals, geführt wurde.

In der Sowjetischen Besatzungszone waren das die Kriegsverbrecher und Junker, in den Volksdemokratien die Kollaborateure mit den Faschisten, in China und Vietnam die Kollaborateure mit den Besatzern. Und um diesen Stoß führen zu können war es in der Regel auch notwendig, die Bündnismöglichkeiten in größtmöglicher Breite nicht nur auszuloten, sondern diese auch zu realisieren.“

Das ist übrigens auch der Hintergrund für unsere Überlegung, die wir im Dokument „Den dritten Weltkrieg verhindern!“ vorstellen – es ist die

Überlegung zu einer antimonopolistischen Strategie unter den Bedingungen der realen Kriegsvorbereitung in einem Land der imperialistischen Räuber.

Das bisher Gesagte macht sowohl von der Analyse des Imperialismus als auch von der geschichtlichen Betrachtung aller Revolutionen her deutlich, dass die Devise „Klasse gegen Klasse“ zwar romantisch sein mag, aber mit der Realität einer kommunistischen Strategieentwicklung im imperialistischen Stadium des Kapitalismus nichts zu tun hat.

So wie Lenin mit der strategischen Orientierung nach dem „Sturz der Selbstherrschaft“ – mit der Losung für Brot und Frieden, mit der Zulassung einer Phase der Doppelherrschaft – eine Heranführung an die Oktoberrevolution praktizierte, sind wir heute verpflichtet zu bestimmen, gegen wen der Hauptstoß zu richten ist und um welche Orientierung und um welche Hauptaufgabe es geht.

Das haben wir mit dem Parteitag und dem Dokument „Den dritten Weltkrieg verhindern!“ getan. Wir haben eine antimonopolistische Strategie für ein hoch entwickeltes imperialistisches Land in einer Phase des reaktionär-militaristischen Gesellschaftsumbaus entwickelt. Die von uns bestimmte Hauptaufgabe des Herauslösens der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung aus der Integration in den Kriegs- und Krisenkurs der Herrschenden ist die Voraussetzung, um aus der Defensive der Arbeiter- und Friedensbewegung herauszukommen. Es ist die Voraussetzung dafür, dass andere nicht monopolistische Schichten und Klassen die Widersprüche nicht dadurch verarbeiten, indem sie im Klassenkampf und dessen ideologischer Ausprägung auf die falsche Seite geraten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ausgehend von solchen Überlegungen hat der 26. Parteitag unserer Partei in der Handlungsorientierung beschlossen:

„Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist

der entscheidende Kampf der nächsten Jahre. Wir stellen ihn in den Mittelpunkt unseres Handelns, wir ordnen andere Kämpfe in diesen Kampf ein. Deshalb wollen wir die Friedensbewegung stärken und dort Klassenpositionen einbringen. Die Basis für den Erfolg dieser Aufgabe ist die Verankerung in der Arbeiterklasse. Diese können wir vor allem durch die Intensivierung der Aktivitäten zur Schaffung von Klassenbewusstsein in den Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen erreichen.

Die Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kriegskurs des deutschen Imperialismus schreitet voran. Unsere Hauptaufgabe besteht im Zurückdrängen dieser Entwicklung.“

Ausgehend von diesem Parteitagbeschluss definieren wir im Dokument „DKP zur Strategie des Friedenskampfes – Den dritten Weltkrieg verhindern!“ auch Überlegungen zu einer antimonopolistischen Heranführung an den revolutionären Bruch. Wir stellen diese Überlegungen an für eine Phase, die wir als reaktionär-militaristischen Gesellschaftsumbau beschreiben und für ein Land, in dem die herrschende Fraktion des Monopolkapitals an der Vorbereitung eines Krieges arbeitet. Wir schreiben:

„Wir Kommunistinnen und Kommunisten gehen davon aus, dass die hier skizzierte Entwicklung einer friedlichen Koexistenz eine weitgehende Veränderung des derzeitigen Kräfteverhältnisses voraussetzt. Dadurch könnte der Austritt Deutschlands aus der NATO und EU erzwungen werden. Der Austritt aus beiden imperialistischen Bündnissen würde die Möglichkeiten des deutschen Monopolkapitals, seinen Weltmachtanspruch erneut auf die Tagesordnung zu setzen, enorm einschränken. Eine solche Schwächung würde antimonopolistische Spielräume schaffen und die Chance bieten, den im Grundgesetz formulierten Grundrechten Geltung zu verschaffen. Das wäre die Voraussetzung für den Beginn eines wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und ökologischen Umbruchs,

der eine sozialistische Perspektive öffnet.

Der Kampf der DKP für den revolutionären Bruch mit diesem System erfordert eine starke Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des herrschenden Monopolkapitals. Dies setzt vor allem Schritte zur Organisierung der Arbeiterklasse zu einer Klasse mit Klassenbewusstsein und die Ausstrahlung der Arbeiterklasse auf andere nicht monopolistische Klassen und Schichten voraus. (...) Für uns Kommunistinnen und Kommunisten sind Tageskämpfe in unsere strategischen Orientierungen integriert und Bestandteil unseres Kampfes um die Überwindung des Kapitalismus/Imperialismus hin zum Sozialismus. Die Überwindung des Kapitalismus/Imperialismus ist aus unserer Sicht notwendig, um die Kriegsgefahr konsequent und dauerhaft zu bannen.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir bauen auf die Ergebnisse des 25. und des 26. Parteitags. Wir haben die 4. PV-Tagung und die „Überlegungen zur aktuellen Analyse und zu Entwicklungen des Imperialismus“, wir haben die heutige Theoretische Konferenz, die wir im PV Ende des Monats auswerten wollen.

Auf dieser Basis werden wir dann einen Plan zur Weiterführung der Diskussion bis zum kommenden Parteitag entwickeln. Dazu wird auch ein Vorschlag gehören, ob und was wir dem Parteitag gegebenenfalls zur Beschlussfassung vorlegen. Dazu wird weiter gehören, dass wir Formate entwickeln und ausprobieren, mit denen im Hinblick auf den Parteitag die Diskussion geführt werden kann.

Natürlich merken wir bei solchen Fragen immer wieder, dass ein theoretisches Organ im engeren Sinn – also mit der bewussten Konzeption als Parteiorgan – hier helfen könnte. Unabhängig von der Auseinandersetzung mit dem Neuen Impulse Verlag waren das die „Marxistischen Blätter“ nie und sollten es auch nicht sein. Auch hier werden wir prüfen, ob wir langfristig an dieser Leerstelle arbeiten können – das ist vor

allem eine Ressourcenfrage.

Lasst uns heute intensiv diskutieren. Dabei sollten wir immer im Blick haben, dass es eine Diskussion sein muss, die vor allem auch in Grundorganisationen der Partei ihren Niederschlag finden muss. Wir sollten immer im Blick haben, dass wir die Dialektik von Theorie und Praxis brauchen, im Konkreten also die theoretische Debatte im Rahmen von und in Ergänzung mit unserer Friedensaktionsorientierung. Lasst uns immer wieder daran denken, dass die Theorie nur dann zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift. Lasst uns also den antiimperialistischen Kampf in die Friedens- und Arbeiterbewegung tragen. Lasst uns ganz konkret jetzt die Solidarität mit dem sozialistischen Kuba verstärken. Lasst uns die Aktionen der Friedensbewegung wie die Großdemonstrationen am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart vorbereiten. Lasst uns den Kampf der Jugend gegen die Wehrpflicht, lasst uns unsere SDAJ unterstützen. Lasst uns die UZ-Friedenstag vorbereiten und das noch vorhandene Zögern in der UZ-Kampagne überwinden.

Lasst uns die DKP stärken – die kommunistische Partei, die antiimperialistische Partei in diesem Land der imperialistischen Räuber.

Arbeitsgruppen

AG I: Neokoloniale Abhängigkeiten / Ausbeutung heute · Einleitungsreferat von Günter Pohl

Das 20. Jahrhundert war in der Menschheitsgeschichte die „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab“. Die Erringung des Sozialismus auf 40 Prozent des Weltterritoriums war dabei eng verbunden mit der Entkolonialisierung; zunächst um Russland herum bei den sich der UdSSR anschließenden Gebieten, später in Afrika und Asien. Es ist offensichtlich, dass heute nicht von einer Gleichberechtigung bei den ökonomischen Beziehungen zwischen den Staaten der Industriegesellschaft und den Staaten der sogenannten „Dritten Welt“ die Rede sein kann. Wenn also die These richtig ist, dass wir uns trotz der Niederlage von 1989/90 weiterhin in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab befinden, dann ist klar, dass es auch weiterhin um einen anticolonialen Kampf gehen muss, denn die dialektische Entsprechung des Kampfes um die Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus und der Befreiung der Menschen in einzelnen Staaten und ganzen Kontinenten des Weltsystems von rassistischen und kolonialistischen Zuständen bleibt richtig. Dieser anticoloniale Kampf ist heute ein Kampf gegen den Neokolonialismus, womit sich formal der Gegner geändert hat: Es gibt de facto nicht mehr Kolonialherren, sondern in vielen Fällen eine lokale Herrschaftsclique, welche die Interessen ausländischer Konzerne und Staaten bedient. Neben diesen sogenannten „Kompradorenbourgeoisien“ existieren auch „nationale Bourgeoisien“, mit denen möglicherweise ein phasenweiser, strategischer Kampf gegen den Imperialismus zu führen ist. Die gesetzmäßig ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus ist dafür ein nützlicher Markierungspunkt.

A Entkolonialisierung

Die Entkolonialisierung in Lateinamerika im 19. Jahrhundert geschah noch unter vorkapitalistischen Zuständen; sie hatte mehr zu tun mit einer Entzweiung zwischen der Spanischen Krone und den Nachfolgern der Kolonialherren und wurde begünstigt von einer Konkurrenz zwischen dem britischen Imperium und Spanien. In Lateinamerika, das seine formale Unabhängigkeit weitgehend zu Beginn des 19. Jahrhunderts erreicht hatte, waren neokoloniale Strukturen bereits im selben Jahrhundert einerseits unter der Führung Britanniens entstanden, das für seine Unterstützung für die militärische Befreiung Ansprüche stellte, und andererseits durch den Druck Spaniens, das sich für den Verlust seiner Kolonien finanziell entschädigen ließ. Die Hegemonie Britanniens wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Erweiterung der Monroe-Doktrin von 1823 durch den Roosevelt-Zusatz von 1904 weitgehend geräuschlos auf die USA übertragen.

Dagegen geschah die Entkolonialisierung in Afrika und Asien im 20. Jahrhundert unter anderen Bedingungen. In der Hauptkolonialphase vom 16. bis zum 18. Jahrhundert waren Menschen aus Afrika Reservoir für den in Amerika aufzubauenden Kapitalismus – vorwiegend in den USA, wo der Sklavenhandel entscheidende ökonomische Bedeutung hatte. Der Verkauf von Menschen als Sklaven bedingte eine noch stärkere rassistisch konnotierte Einordnung, als es den amerikanischen Indigenen geschah. In den Staaten dieser Kontinente spielten die Erfahrungen in den Weltkriegen und bei ihrer Rolle als Vollkolonien sowie ihre auch militärische Einbeziehung in diese innerimperialistischen Konflikte eine Rolle. Das größte Gewicht bei der Entkolonialisierung hatte jedoch die Existenz eines sozialistischen Staatensystems unter der Führung der Sowjetunion, das den Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika neue Möglichkeiten der politischen und

militärischen Entfaltung gab. China entkam 1949 dem Kolonialismus durch die sozialistische Revolution, was die Bedingungen abermals verbesserte. Um die 1960er Jahre entkolonialisierten sich viele Staaten Afrikas und Asiens; Teile davon schlossen sich dem sozialistischen Staatensystem an. Später fand unter anderen Bedingungen die Entkolonialisierung der portugiesischen Kolonien statt. Diese hatte direkt mit der Nelkenrevolution von 1974 zu tun, wobei sich die Ereignisse in den Kolonien und im „Mutterland“ gegenseitig beeinflussten. Diese ehemals portugiesisch besetzten Gebiete (beziehungsweise neuen Staaten) schlossen sich fast alle dem sozialistischen Staatensystem an. Angola befreite sich dank kubanischer militärischer Hilfe von der südafrikanischen Vorherrschaft. Vietnam und Laos entkamen den Kolonialstrukturen 1975 nach jahrzehntelangen militärischen Auseinandersetzungen mit Frankreich und den USA.

Diejenigen Staaten Asiens und Afrikas, die sich dem sozialistischen Staatensystem angeschlossen hatten, entkamen weitgehend einer Neokolonialisierung, wurden jedoch in das Wirtschaftssystem des RGW eingebunden. Das bedeutete, dass sie auch in der Folge keine eigenständige und unabhängige Wirtschaft aufbauen konnten, sondern weitgehend Monowirtschaften blieben. Die anderen, formal kapitalistischen, aber de facto nicht einmal wirklich kapitalistischen Staaten waren umgehend in neokoloniale Strukturen eingebunden; sie bekamen zuweilen aber günstige Rahmenbedingungen, um die weitere Ausbreitung des Sozialismus zu verhindern.

B Kolonialismus / Neokolonialismus

Heute gibt es noch etwa 20 Kolonien, von denen die meisten die USA, Frankreich, Britannien und die Niederlande besitzen; Marokko okkupiert die Westsahara. Die weltweit größte Kolonie Grönland ist gleichzeitig ein Beispiel dafür, wie der Kolonialstatus heutzutage verbrämt wird, indem den Ureinwohnern politisch gleiche Rechte gegeben werden, die jedoch im Ergebnis auf jahrhundertelanger Ausbeutung beruhen und zu einer massiven wirtschaftlichen Ungleichheit geführt haben. Gleiche politische Rechte ersetzen und verbessern nicht die wirtschaftlichen Ungleichheiten – parallel dazu geht aber die Ausbeutung von Rohstoffen in diesen Territorien zugunsten der Konzerne aus dem jeweiligen sogenannten „Mutterland“ weiter.

„Das Wesen des Neokolonialismus“, so der sozialistische Präsident Ghanas, Kwame Nkrumah, „besteht darin, dass der ihm unterworfenen Staat theoretisch unabhängig ist und alle äußeren Attribute internationaler Souveränität aufweist. In Wirklichkeit wird sein Wirtschaftssystem und damit seine Politik von außen gelenkt.“

Der Neokolonialismus unterscheidet sich vom Kolonialismus der früheren Zeit dadurch, dass ausländische Staaten nicht mehr direkt die Regierungen oder Verwaltungen der Kolonien stellen. Dafür üben sie heute erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik aus, die über die eigene sogenannte „Entwicklungshilfe“ (die besser als Exportförderungs politik für eigene Unternehmen zu bezeichnen ist) oder auch über Strukturanpassungsmaßnahmen internationaler Organisationen durchgesetzt wird. Dabei werden Kredite an die Umsetzung neoliberaler Politiken gekoppelt.

Es gibt demnach immer noch Formen von politischer und wirtschaftlicher Kontrolle durch die europäischen Staaten und die USA. Mehr noch als früher ist es heute der Rohstoffabbau, der die neokolonialen Strukturen fortsetzt. Dabei sind heute sogenannte „Seltene Erden“ in den Blick geraten, die weniger „selten“ als vielmehr schwer und (unter ökologisch vertretbaren Bedingungen) nur teuer abzubauen sind: Es spielen die Vorkommen weniger als andere Fragen eine Rolle, wegen derer der Abbau in den heimischen imperialistischen Staaten erheblich komplizierter wäre.

Vom Abbau der Rohstoffe profitieren vor allem Unternehmen aus den ausbeutenden Staaten; nur ein kleiner Teil von Gewinn und Wertschöpfung verbleibt in den Herkunftsländern der Rohstoffe. In

der Regel erwirtschaften diese Staaten ein so geringes Bruttosozialprodukt, dass sie noch nicht einmal in der Lage sind, ihre Rohstoffe auf dem internationalen Markt wirtschaftlich rational zurückzukaufen – sie zahlen vielmehr eine höhere Summe als den ursprünglichen Verkaufserlös. Zudem erwarten internationale Kreditorganisationen wie beispielsweise der Internationale Währungsfonds eine Abwertung der nationalen Währungen, fordern die Rückzahlung der Kredite später allerdings in Devisen.

Nachdem in Lateinamerika die Kolonien Anfang des 19. Jahrhunderts scheinbar unabhängig wurden, blieb einzig und allein eine für den Abtransport von Rohstoffen bestimmte, schwach ausgeprägte Infrastruktur. Die politische Unabhängigkeit ging über die Schuldenanerkennung in eine ökonomische Abhängigkeit über, die bis heute anhält. Was das Rohstoffexportmodell angeht, haben sich die zeitweise fortschrittlichen Staaten Lateinamerikas (erste eineinhalb Dekaden des 21. Jahrhunderts) kaum anders verhalten als die konservativ regierten – mit dem Unterschied, dass sie bessere Royalties, also Anteile am Gewinn, ausgehandelt haben. Das Extraktionsmodell ist geblieben.

Der Neokolonialismus hat dabei bis heute eine Herrenrassen-Konnotation, die über Ausbeutung und Abhängigkeit der betreffenden Länder hinausgeht, indem sie diese nicht zuletzt politisch bevormundet. Das ist auch in angeblich aufgeklärten Zeiten möglich, wenn zum Beispiel der Kontinent Afrika medial immer wieder als Ort von Leiden, Krieg und Hunger dargestellt wird. Das macht ihn statt zu einem Subjekt für seine eigene Entwicklung zu einem Objekt missionarischen Eifers oder von Almosenhaltung.

C Neuere Entwicklungen

Während die asiatischen sogenannten „Tigerstaaten“ in den 1990er Jahren einen relativ erfolgreichen wirtschaftlichen Kampf gegen ihre neokoloniale Ausbeutung führten, war der Kampf um einen politischen Lateinamerikanismus und eine damit einhergehende Entneokolonialisierung in Lateinamerika in den ersten 15 Jahren des 21. Jahrhunderts nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems der erste politische Aufbruch gegen die imperialistische Politik. Aus verschiedenen Gründen brach diese Entwicklung in Lateinamerika zwischen 2010 und 2015 ab; dafür entwickelte sich in einigen Staaten Afrikas eine Bewegung gegen den neokolonialen Imperialismus. Mali, Burkina Faso und Niger schlagen derzeit eine objektiv antiimperialistische Richtung mit der Betonung auf antikolonialen Kampf ein (Abzug französischen Militärs, Kampf gegen CFA-Franc).

Aber nicht nur die allerschwächsten Ökonomien der Welt stehen unter neokolonialem Zwang. Auch etwas stärkere Ökonomien wie zum Beispiel Argentinien, Malaysia, Indien, Algerien, Kolumbien oder Südafrika kämpfen mit der kolonial bedingten und durch die Schuldverzinsung bis heute nicht abgezahlten (und abzuzahlenden) Auslandsverschuldung.

Der Fall Venezuela

Hätte Venezuela nicht seit 1999 und der Regentschaft von Hugo Chávez eine besondere Vergangenheit, so könnte der Fall Venezuela ab Januar 2026 als klassisches Beispiel für Neokolonialismus gewertet werden. Mit der nahezu vollständigen politischen Drehung seiner Politik erreichten die USA, dass das ölreiche Land ihnen fast komplett gefügig geworden ist, ohne dass dazu eine neue Regierung eingesetzt werden musste. Die venezolanische Regierung kann weder über Gelder für die Außenpolitik noch über ihre Ölverkäufe noch über die Verwendung der Staatseinnahmen für die Sozialpolitik souverän entscheiden. Es müssen dem Vernehmen nach Anträge beim US-Finanzministerium gestellt werden, um Gelder für bestimmte Zwecke freizubekommen. Erdöl, das Haupteinnahmeprodukt Venezuelas, kann nicht an eine Reihe von Staaten verkauft werden, die von den USA benannt wurden. Damit erreicht die neokoloniale

Abhängigkeit Venezuelas Ausmaße, wie sie im 20. Jahrhundert auf dem lateinamerikanischen Kontinent gegenüber den USA vielleicht nur für Panama gegolten haben (Kontrolle über den Kanal bis 1999).

D Politischer Kampf / Schlussfolgerungen

Die neokoloniale Ausbeutung spielt eine starke Rolle in der Welt. Das gilt es im Kampf gegen den Imperialismus produktiv zu nutzen. Ein stärkerer Kampf gegen neokoloniale Abhängigkeit bedeutet gleichzeitig, den Imperialismus in seinen Auswüchsen zu begrenzen. Historisch haben Staaten das über – meist von außen hintertriebene – Zusammenschlüsse versucht oder auch mittels internationaler Kooperation wie der Bandung-Konferenz. In den Vereinten Nationen gibt es bis heute einen Antikolonisierungsausschuss.

Der Kampf gegen die neokoloniale Unterdrückung ist immer auch ein Kampf um Souveränität der Staaten. Dieser Kampf muss gleichzeitig auch ein Kampf gegen internationale illegale Sanktionen, Mechanismen, Wirtschaftsblockaden und andere Zwangsmaßnahmen sein, welche die imperialistischen Staaten gegen „unbotmäßige“ Regierungen anwenden. Nicht wenige Staaten haben in den letzten Jahrzehnten Widerstand gegen ihre neokoloniale Abhängigkeit geleistet. Die meisten davon sind mit Krieg bestraft worden wie etwa der Irak, Libyen und Syrien; die auf dem Weg zum Sozialismus befindlichen Staaten sind davon bislang weitgehend verschont worden – mit Ausnahme Kubas, so wie es sich jetzt darstellt. Für die kubanische Revolution existieren ein dialektischer Zusammenhang zwischen Solidarität und Souveränität sowie ein dialektischer Zusammenhang zwischen Souveränität und Sozialismus. Damit ist die Praxis gelebter internationaler Solidarität auch ein Kampf um die Souveränität der Staaten gegenüber dem Imperialismus. Die Verteidigung dieser antikolonialen Souveränität ist gleichzeitig antiimperialistischer Friedenskampf im Weltmaßstab.

Angesichts aller historischen und aktuellen Erfahrungen von Milliarden Menschen im Trikont mutet es befremdlich an, dass die Kommunistischen Parteien bei ihren Zusammenkünften (oder auch schriftlich) über die eigentliche Existenz von Neokolonialismus debattieren. Alle Staaten der Welt – durchaus bei Anerkennung ihrer unterschiedlichen Wirtschaftskraft – in das gleiche imperialistische System zu pressen heißt, die Veränderung der Zustände vom Erfolg der (baldigen?) Weltrevolution abhängig zu machen. Die Frage, ob es heute Neokolonialismus gibt oder nicht, hat in der Debatte um den Imperialismus insofern Wichtigkeit, als ihre positive Beantwortung Bündnismöglichkeiten erweitert und damit die Strategie im Kampf bestimmt.

AG I: Bericht der AG „Neokoloniale Abhängigkeiten / Ausbeutung heute“

Die Frage, ob es heute noch Neokolonialismus gibt, ist eine in der kommunistischen Weltbewegung umstrittene, während sie unter den Teilnehmern der Arbeitsgruppe zum Neokolonialismus im Rahmen der Theoretischen Konferenz unumstritten war. Im Folgenden zuerst zu zentralen Kernpunkten des Einleitungsreferats, die unkontrovers waren.

Vergangene Fortschritte in der Entkolonialisierung in der Welt waren mit der Entwicklung des Sozialismus eng verbunden. Trotz der Niederlage des sozialistischen Lagers zwischen 1989 und 1991 leben wir weiterhin in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab und dabei spielt der antikoloniale Kampf bis heute eine wichtige Rolle. Heute vor allem in der Form des Kampfes gegen den Neokolonialismus, da es nur noch wenige Kolonien gibt, sondern im Wesentlichen Neokolonialismus. Das bedeutet, dass es formal eine politische Unabhängigkeit gibt, während die Kompradorenbourgeoisie herrscht und so entsprechende Länder trotzdem im Wesentlichen im Interesse ausländischen Kapitals ausgerichtet sind. Gleichzeitig gibt es in diesen Ländern nicht nur die Kompradorenbourgeoisie, sondern auch die nationale Bourgeoisie, mit der phasenweise ein gemeinsamer Kampf möglich ist und notwendig sein kann. Die neokoloniale Unterdrückung und Ausbeutung spielt eine wichtige Rolle in der Mobilisierbarkeit breiter Teile der Bevölkerung in den neokolonial unterdrückten Ländern. Den Neokolonialismus zu bekämpfen, bedeutet den Imperialismus in seiner Wirksamkeit zu begrenzen.

In der Diskussion spielten verschiedene Aspekte eine Rolle. So unter anderem die Frage, wie genau neokoloniale Unterdrückung von anderen Formen kapitalistischer Abhängigkeit zu unterscheiden ist. Dies wurde als komplexe Frage eingeschätzt, die man genau meist erst im Nachhinein bewerten kann. Des Weiteren ging es um die Frage, wie man sich konkret die Zusammenarbeit zwischen der werktätigen Bevölkerung und der nationalen Bourgeoisie vorstellen kann. Diese kann historisch-konkret unterschiedliche Formen haben. Es ist unsere Pflicht, mögliche Widersprüche und Bündnismöglichkeiten zu nutzen, um den Kampf zu stärken und gleichzeitig klar zu machen, dass wir es bei Teilen der Bourgeoisie mit instabilen und zeitweiligen Bündnispartnern zu tun haben und es auch im Kampf um nationale Befreiung die Aufgabe der Kommunistischen Partei bleibt, Klassenbewusstsein zu schaffen. Ein weiteres einvernehmliches Diskussionsergebnis war auch, dass beim Kampf um nationale Befreiung stehenzubleiben Gefahren für die Durchsetzung der Befreiung birgt, da die volle nationale Souveränität erst im Sozialismus erreichbar ist (auch wenn dieser nicht vollständig autark sein kann).

Kontrovers wurde die internationale Rolle Chinas diskutiert auf der Grundlage der Prämisse, dass es keinen für beide Seiten gleichermaßen günstigen Handel geben kann. Auf der einen Seite wurde argumentiert, dass China klassisch nach neokolonialer Manier agiere, wenn es Infrastruktur mit dem Ziel schaffe, Zugang zu vergleichsweise günstigen Rohstoffen zu erhalten. Auf der anderen Seite wurde argumentiert, dass die geschaffene Infrastruktur auch Möglichkeitsspielräume über die damit bestehenden Querverbindungen zu anderen Ländern ermöglicht und zentral dabei die Frage sei, wem die Infrastruktur gehöre. Am Ende stand die Aussage, dass die Handelsbedingungen Chinas gegenüber anderen Ländern verhältnismäßig vorteilhaft seien und es gleichzeitig eben trotzdem ein Geschäft sei.

AG II: Die Rolle von G7, EU und NATO · Einleitungsreferat von Kurt Baumann

1. Einleitung: Die Bedeutung der Organisationsformen des imperialistischen Lagers für die Imperialismus-Diskussion in der DKP

„Für fünf Jahrhunderte vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der Westen dabei, sich auszubreiten – seine Missionare, seine Pilger, seine Soldaten, seine Entdecker strömten von seinen Küsten aus, um Ozeane zu überqueren, neue Kontinente zu besiedeln, riesige Imperien zu bauen, die sich über den gesamten Globus erstreckten. Aber 1945, zum ersten Mal seit dem Zeitalter des Kolumbus, zog sich der Westen zurück.

Europa lag in Trümmern. Die Hälfte lebte hinter dem Eisernen Vorhang, und der Rest sah aus, als ob er bald folgen würde. Die großen westlichen Imperien waren in einen terminalen Niedergang eingetreten – beschleunigt durch gottlose kommunistische Revolutionen und antikoloniale Aufstände, die die Welt transformieren und den roten Hammer und die Sichel über weite Teile der Landkarte drapieren würden.“

Marco Rubio auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2026²

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieses Zitat des US-Außenministers Marco Rubio auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz macht die Aktualität und Bedeutung unseres Themas recht deutlich. Unter den Bedingungen der Zuspitzung der **allgemeinen Krise des Kapitalismus** – verschärft durch den Aufstieg des sozialistischen China und die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen (militärisch und politisch in Palästina und im Iran, politisch in Burkina Faso, Mali und Niger [2020] und in Gabun [2023]) sowie den Stopp des Imperialismus in der Ukraine – muss sich das imperialistische Lager neu ordnen. Es wächst auf der einen Seite die Notwendigkeit der Lagerbildung (früher genannt die **imperialistische Integration**), während auf der anderen Seite materiell die Bedingungen schwieriger werden, weniger Extraprofit zu verteilen ist und die Neuaufteilung der Welt nötig wird – die innerimperialistischen Widersprüche also zunehmen.³ Rubios gesamte Rede ist eine Reaktion auf diese Situation und der Anspruch auf die Neuausrichtung des imperialistischen Lagers unter der Führung der USA – dafür gab es Standig Ovations vom deutschen Kriegstreiberpersonal.⁴

In diesem Referat der AG 2 werde ich die **Organisationsformen des imperialistischen Lagers**, vor allem **den G7-Block, die NATO und die EU**, untersuchen. Dazu will ich mich zuerst mit der Frage der **allgemeinen Krise** und der **Bildung des imperialistischen Lagers** befassen und mich dann dem Verhältnis zwischen dem **Hauptkriegstreiber USA** und dem **Hauptfeind** der deutschen Arbeiterklasse – dem deutschen Imperialismus – widmen. Anschließend gehen wir auf die weltweite Ebene, bestimmen die Rolle des G7-Blocks und der NATO als Instrumente des Hauptkriegstreibers

²Marco Rubio: Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2026, „Handelsblatt“ vom 14. Februar 2026.

³Zeitenwende des Imperialismus [„Leitgedanken“ zur Vorbereitung des 26. Parteitags der DKP], UZ vom 16. August 2024. Hier vor allem die Leitgedanken 1 und 2.

⁴Aufgestanden, UZ vom 20. Februar 2026; Manfred Sohn: ... welchen Weg du gehst, ebenda; Mark Ellmann: Dschungelcamp im Luxushotel, ebenda.

und der EU als Hauptinstrument des deutschen Imperialismus. Euch liegen Thesen, die Literatur und die Fragen zur weiteren Diskussion vor.

Die aktuellen Debatten in der DKP werden an zwei Stellen berührt:

- Zum einen wollen wir diese Instrumente des Imperialismus hin auf die Bedeutung, Vorgehensweisen und Instrumente des **Kapitalexports** und der **neokolonialen Herrschaft** analysieren. Mit unserem Beitrag zur Beantwortung dieser Frage ist verbunden, inwieweit nationale Befreiung heute eine entsprechende Bedeutung hat.
- Zum anderen wollen wir die Konstitution der imperialistischen Räuber als **imperialistisches Lager** und die inneren Widersprüche diskutieren, um Ansatzpunkte zu antiimperialistischer und antimonopolistischer Politik in der BRD besser zu fassen zu bekommen.⁵

Beginnen wir dazu mit der Formulierung unserer Grundthese: Mit der Großen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 begann die **allgemeine Krise des Kapitalismus**, begann die **Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab**. In dieser Epoche erheben sich die Völker der kapitalistischen Länder, geführt von der **Arbeiterklasse** und den kommunistischen Parteien, erheben sich die **Völker** der kolonial, neokolonial oder anders unterdrückten Länder und erkämpft sich die Arbeiterklasse die Macht in den damit **sozialistischen Ländern**. Wir nennen das die **drei Hauptströme des revolutionären Weltprozesses**. Gegen diese drei Hauptströme bilden die Imperialisten ein Lager.⁶ Nach innen bildet sich der staatsmonopolistische Kapitalismus, dessen Entwicklungsetappen bereits der 22. Parteitag der DKP mit den Phasen der allgemeinen Krise parallelisierte.⁷ Diesen Vorgang nannten wir früher die **imperialistische Integration**.⁸

Mit dieser Definition hat sich die DKP ihre **Theorietradition** wieder angeeignet. Sie erlaubt ihr, sich konsequent auf die Seite der sozialistischen Länder und der antikolonialen, nationalen Befreiungsbewegungen zu stellen, sich richtig im weltweiten Kampf zwischen Imperialismus (dem imperialistischen Lager) und Antiimperialismus zu positionieren.

Dem steht prominent die Position entgegen, der Imperialismus sei nicht an staatliche Existenzformen als imperialistische Staaten gebunden, vielmehr gebe es ein „imperialistisches Weltsystem“. Hier wird die Formulierung Lenins, der Imperialismus sei das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus, falsch, nämlich unabhängig von der Existenz der realen Monopole in realen Staaten verstanden. Vielmehr seien alle Staaten „betroffen“ – eine Aussage, die imperialistische und kapitalistische, neokolonial unterdrückte und teilweise sogar sozialistische Staaten alle gleich setzt.

⁵Vgl. Konzeption, DKP-Intern 1/2026, S. 46 f..

⁶Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 507-509.

⁷Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen, in: DKP-Parteivorstand (Hrsg.): Frieden, Arbeit, Solidarität. Beschlüsse des 22. Parteitags der DKP, Essen 2018, S. 3-35, hier S. 3-10.

⁸K. H. Domdrey: Internationalisierung und Integration in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in: [Autorenkollektiv aus DDR und UdSSR:] Aktuelle Aspekte der Allgemeinen Krise des Kapitalismus, Berlin 1976, S. 111-164.

2. Das imperialistische Lager und die allgemeine Krise des Kapitalismus

„Ja, die Sowjetunion war der Anfang vom Ende der Gewalt, die Kapitalisten, Regierungen der Gesellschaft und den Menschen antun – denn die Oktoberrevolution und fünf Jahre später die Sowjetunion, das war der Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab.“

In dieser Epoche leben wir auch heute. Denn der Kapitalismus/Imperialismus zeigt in der ganzen Welt: Wenn er das Ende der Geschichte wäre, dann wäre das das Ende der Menschheit. Kriege, Zerstörung der Umwelt, Armut, Hunger, Zerstörung der Gesundheitsversorgung, Zerstörung der Kultur und der Daseinsvorsorge – das und vieles mehr sind Symptome seiner allgemeinen Krise. Kapitalismus und Imperialismus sind die Krise der Menschheit.“

Patrik Köbele auf dem LLL-Treffen der DKP in Berlin 2023⁹

Der Begriff der **allgemeinen Krise des Kapitalismus** wurde zu Beginn der 1920er Jahre von Eugen Varga entwickelt, wesentlich war der Aufschwung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, wie ihn die Große sozialistische Oktoberrevolution hervorgebracht hatte.¹⁰ 1922 legte Varga dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale die Schrift *„Die Niedergangsperiode des Kapitalismus“* vor, hier wurde die Krise bereits von der Einschränkung der *„geografische[n] Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise“* bestimmt, von einer Einschränkung der internationalen Arbeitsteilung, vom Außenhandel. Diese Krise sei ständig, grundsätzlich und damit getrennt von den zyklischen Krisen. Varga bestimmte auch – in Übereinstimmung mit dem I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale – die später als Hauptströme des revolutionären Weltprozesses verallgemeinerten Bewegungen: *„die revolutionäre Freiheitsbewegung der unterdrückten Kolonialvölker, der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats und Sowjetrusslands“*.¹¹ Der Begriff fand besonders nach 1945 Aufnahme in die Programmatik der Kommunistischen und Arbeiterparteien und auch der KPD und der DKP.¹² Nach 1990 haben wir ihn uns auf dem 25. Parteitag wieder erkämpft.¹³

Otto Reinhold, Imperialismustheoretiker und -forscher aus der DDR, bestimmte: *„Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus im gegenwärtigen Jahrzehnt [1970er Jahre – KB] wird insbesondere durch folgende Faktoren bestimmt:*

⁹Patrik Köbele: Frieden geht nur mit Russland und China. Rede auf dem LLL-Treffen der DKP in Berlin, UZ Blog vom 16. Januar 2023.

¹⁰Im Jahr 1920 ist seine Definition noch ununterschieden von der revolutionären Nachkriegskrise (1919 bis 1923), Vgl. Eugen Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur (= Bibliothek der Kommunistischen Internationale, Band 8, Hamburg 1921.), in: Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hrsg.): E. S. Varga – Ausgewählte Schriften, 1918-1964, Band 1: Der Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, Berlin 1979, S. 70-175, hier S. 77-84.

¹¹Eugen Varga: Die Niedergangsperiode des Kapitalismus, (Verlag der Kommunistischen Internationale, 1922), in: Ausgewählte Schriften, Band 1, S. 281-323, hier S. 284-287, 287-297, Zitat S. 321.

¹²Willi Gerns: Kapitalismus in der Krise, Frankfurt am Main 1974.

¹³Patrik Köbele: Referat beim 25. Parteitag der DKP, in: DKP-Intern 2/2023, hier S. 5 ff.

- *die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, das endgültige Scheitern der imperialistischen Nachkriegsstrategie;*
- *die Krise des Neokolonialismus, insbesondere das Ringen der national befreiten Länder um eine von imperialistischer Ausbeutung und Bevormundung befreiten Weltwirtschaftsordnung;*
- *die Krise und Labilität der ökonomischen Basis des Imperialismus;*
- *die Krise des politischen Systems, der imperialistischen Ideologie und Kultur;*
- *die Zuspitzung der sozialen Widersprüche und die Verschärfung des Klassenkampfes.*¹⁴

Das führt uns zu unserer zweiten These: Die **allgemeine Krise des Kapitalismus** ist die Kennzeichnung der inneren Bedingungen des Kapitalismus in der **Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab**. Dieser Niedergang ist Ergebnis des weltweiten Klassenkampfes, der aus den Gesetzen der Politischen Ökonomie folgt und sie vorantreibt. Zentral zur Vertiefung und zur Bestimmung der Entwicklungsphasen der allgemeinen Krise ist das **internationale Kräfteverhältnis** zwischen den drei Hauptströmen der revolutionären Entwicklung: der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, den nationalen Befreiungsbewegungen und den sozialistischen Staaten auf der Seite des Fortschritts und des imperialistischen Lagers auf der Seite der Reaktion.

Grundsätzlich haben wir den Auftrag, den Imperialismus aus der Politischen Ökonomie zu bestimmen.¹⁵ Die marxistische Politische Ökonomie geht aus von konkreten Subjekten. Schon Lenin analysierte anhand der Losung der „*Vereinigten Staaten von Europa*“, dass „*in der Epoche der höchsten Entwicklung des Kapitalismus die Ausraubung von rund einer Milliarde Erdbewohnern durch **ein Häuflein von Großmächten** organisiert*“ ist, dass diese Handvoll Räuber „*zeitweilige Abkommen*“ über die Unterdrückung des Sozialismus in Europa und die Verteidigung der geraubten Kolonien gegen die nationalen Befreiungsbewegungen und andere Imperialisten schließen könnten. Eine Neuverteilung der Kolonien und der Einflussgebiete sei folglich vor allem auf der Grundlage des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Ökonomien eine Notwendigkeit des Imperialismus.¹⁶

Das **imperialistische Lager** bezeichnet den Zirkel der imperialistischen Hauptländer, die unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus **Organisationen** schaffen zur gemeinsamen Bekämpfung der drei Hauptströme der revolutionären Entwicklung. Seine Zusammensetzung ist nicht starr, sondern veränderlich. Seine Organisationsformen versuchen nicht imperialistische kapitalistische Länder in sein Lager zu **integrieren** und sie gegen die nationalen Befreiungsbewegungen und die sozialistischen Länder zu hetzen. Dabei entstehen innerimperialistische Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und politische Widersprüche zwischen den Organisationsformen des imperialistischen Lagers und kapitalistischen,

¹⁴Otto Reinhold: Die Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise des Kapitalismus in der Gegenwart, Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nr. 12/1978, hier S. 5.

¹⁵Björn Blach: Boshaftigkeit oder ökonomische Analyse? UZ vom 14. März 2025.

¹⁶W. I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (August 1915), LW 21, S. 342-346.

nicht imperialistischen Staaten.¹⁷

Wir analysieren folglich das imperialistische Lager:

- in seiner (relativen) Geschlossenheit gegenüber dem Sozialismus, den nationalen Befreiungsbewegungen und der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern
- in seinen inneren Widersprüchen (innerimperialistische Widersprüche zwischen den imperialistischen Räubern, Widersprüche zwischen imperialistischen Hauptländern und kleineren, in das imperialistische Lager gezwungenen Ländern, Widersprüche zwischen den Monopolgruppen und innerhalb derselben)

Wir sehen, dass unsere Analysen aktualisiert werden müssen, wenn sie nicht hinter den Veränderungen, die sich durch das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung ergeben, zurückbleiben wollen.

Ein Randthema hier ist, inwieweit die Russische Föderation ein imperialistisches Land ist. Das ist nicht Thema unseres Workshops, aber ich verweise hier dennoch auf die bestehende Beschlusslage und die entsprechenden Argumente.¹⁸

3. Hauptkriegstreiber und Hauptfeind: der US-Imperialismus und der deutsche Imperialismus

*„Wir konzentrieren unser Feuer auf den deutschen Faschismus, diesen **Hauptkriegsbrandstifter** in Europa. Wir sind bemüht, alle Verschiedenheiten, die in den Positionen der einzelnen imperialistischen Mächte bestehen, auszunutzen. Wir müssen sie im Interesse der Verteidigung des Friedens geschickt ausnutzen und dabei keine Minute vergessen, dass der Schlag gegen den Feind im eigenen Land, gegen den ‚eigenen‘ Imperialismus gerichtet werden muss.“¹⁹*

Der Begriff des **Hauptkriegstreibers** beziehungsweise „Hauptkriegsbrandstifters“ wurde auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale für den deutschen Faschismus gefunden. Er

¹⁷Vgl. dazu „Die Hegemonie der imperialistischen Zentren, die sich in NATO und G7 zusammengeschlossen haben, ist bedroht. Diese Bedrohung verschärft auf der einen Seite die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren, da ihr Spielraum kleiner wird. Auf der anderen Seite rüsten sie gemeinsam gegen die sozialistisch orientierte VR China und ihren strategischen Verbündeten Russland zum Krieg, um ihre Machtpositionen aufrechtzuerhalten.“ DKP Parteivorstand (Hrsg.): Den Dritten Weltkrieg verhindern. DKP zur Strategie des Friedenskampfes, Essen 2026, S. 3.

¹⁸Richard Correll: Ist Russland ein imperialistisches Land?, KAZ 380, Juli 2022. Hier wird vor allem argumentiert, dass die existierende Spaltung in eine nationale und eine Komparadorenbourgeoisie nicht für die Erreichung des imperialistischen Entwicklungsstands spricht, dass die mehr als 1.000 Geschäftsbanken und die gleichzeitig wesentlich beim Staat liegenden Bankeinlagen des Kapitals und die gleichzeitigen IWF- und Weltbank-Vorgaben gegen eine finanzkapitalistische Entwicklung sprechen. Russland importiert weit mehr Kapital als es exportiert, hohe Teile seines Kapitalexports gehen nach Malta und Zypern, sind folglich Investitionen in fiktives Kapital, keine Eroberung von Kommandohöhen. Die Aufteilung der Welt ging seit 1990 gegen die aus sowjetischen Zeiten stammenden Resteinflüsse, eigene Gewinne konnte die Russische Föderation nicht mehr machen. Zur Frage des Ausschlusses der Russischen Föderation aus dem Öl- und Gasmarkt: AG Öl und Gas: Öl und Gas und der Ukraine-Konflikt, KAZ 379, April 2022. Vgl. auch AG Ukraine: „Äquidistanz“ zu Russland heißt Unterstützung des eigenen Imperialismus, KAZ 349, Dezember 2014.

¹⁹Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti]: Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: Max Schäfer (Hrsg.): VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Frankfurt am Main 1971, S. 139-199, hier S. 169 f.

bezeichnet seitdem denjenigen imperialistischen Staat, der die allgemeine oder eine konkrete Krise am direktesten durch Gewalt lösen will. Er wird unterschieden vom **Hauptfeind**, das ist derjenige Imperialismus, der im eigenen Land bekämpft werden kann und muss. Die beiden haben für uns, wo sie sich innerhalb des imperialistischen Lagers befinden, ein besonderes Verhältnis: *„US-Imperialismus und deutscher Imperialismus haben ein widersprüchliches Verhältnis aus Zusammenarbeit und Konkurrenz.“*²⁰

Es gab in der Vergangenheit auch in unserer Partei Positionen, die den Hauptfeind in die USA verlagern wollten, und es gibt die Position weiterhin in unserem Bündnisumfeld.²¹ Diese Debatte wurde auf dem 22. Parteitag entschieden und die Partei beantwortet sie seitdem – auch im Friedensaktionsprogramm²² – richtig.

Die aktuelle Dynamik fasste Patrik in seinem Referat beim 25. Parteitag zusammen: *„Der deutsche Imperialismus und unter seiner Dominanz die EU ist hier in einer Art Zwickmühle. Er sieht sich gezwungen, den gemeinsamen Kurs gegen Russland und die VR China zumindest weitgehend mitzutragen, dafür nimmt er die wachsende Abhängigkeit vom Konkurrenten US-Imperialismus und ökonomische Probleme für ganze Branchen, wie aktuell die Chemieindustrie, in Kauf. In Kauf genommen werden große ökonomische Gefahren, solange sich die Ruhe an der Heimatfront halten lässt. Möglicherweise hat auch das deutsche Monopolkapital Lehren aus der Geschichte gezogen und tendiert zur Erkenntnis, dass der Griff nach der Weltmacht nicht, wie bei den zwei vorherigen Versuchen, über die direkte Konfrontation mit den imperialistischen Konkurrenten und schon gar nicht in direkter Konfrontation mit dem US-Imperialismus geht. Es ist aber falsch, diese Strategie als Willenlosigkeit gegenüber oder reine Unterordnung unter den US-Imperialismus zu interpretieren. Genauso falsch ist es zu übersehen, dass sich der deutsche Imperialismus bewusst in die NATO-Strategie einordnet. Deswegen ist der Hauptkriegstreiber die NATO unter Führung des US-Imperialismus und unser Kampf richtet sich gegen die NATO. Es bleibt aber auch dabei, dass der Hauptadressat unseres Kampfes gegen NATO und deutschen Imperialismus das deutsche Monopolkapital und seine Regierung ist.“*²³

Unsere These lautet folglich: Der Hauptkriegstreiber USA und unser Hauptfeind BRD stehen in einem engen, aber widerspruchsvollen Verhältnis, das wir mit der **Dialektik von Konkurrenz und Kooperation** analysieren. Wir sehen in der letzten Zeit eine Verschärfung der innerimperialistischen Widersprüche aufgrund der Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

4. Die Organisationsform der „Handvoll Räuber“: der G7-Block

„Seit 1975 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der größten imperialistischen Staaten im Jahresrhythmus zu ihrem ‚Weltgipfel‘. ... Am 6./7. Juli [1978] tagte in Bremen der EG-Gipfel und am 16./17. Juli in Bonn der imperialistische Weltgipfel. An ihm nahmen die sieben größten kapitalistischen Staaten teil (USA, Kanada, Frankreich, England, Italien, BRD und Japan).“ Und: „Die Existenz der sozialistischen Staaten, das geänderte Kräfteverhältnis in der Welt, der gefährdete imperialistische Einfluss in den

²⁰Patrik Köbele: Referat beim 25. Parteitag der DKP, DKP-Intern 2/2023, S. 10 f.

²¹Etwa Andreas Wehr in seinen Aufsätzen in „Theorie und Praxis“ oder seinen Büchern zur Europäischen Union und Werner Rügemeier in seinen sonst sehr lesenswerten Büchern zur Kapitalstruktur etwa von BlackRock.

²²DKP Parteivorstand (Hrsg.): Den Dritten Weltkrieg verhindern! DKP zur Strategie des Friedenskampfes, Essen 2026.

²³Patrik Köbele: Referat beim 25. Parteitag der DKP, DKP-Intern 2/2023, S. 10.

Entwicklungsländern, Probleme der Ölversorgung - all das sind Faktoren, die die imperialistische Herrschaft bedrohen, gleichzeitig aber die imperialistischen Staaten enger zusammenrücken lassen.“²⁴

Der G7-Block entstand 1973 und umfasste zunächst die USA, Frankreich, Britannien, Italien, die BRD und Japan – er tagte immer unter Einschluss der NATO. Bald kam Kanada hinzu. Für kurze Zeit (1998 bis 2014) wurde versucht, Russland zu integrieren, das aber bald ausgeschlossen wurde. Im G7-Block werden die innerimperialistischen Widersprüche ausgetragen und gemeinsame Interessen artikuliert.²⁵ Er ist Ausdruck des Bestrebens der imperialistischen Länder, ein Lager zu bilden und Methoden der Austragung der unterschiedlichen Interessen sowie der Formulierung und Durchsetzung gemeinsamer Interessen zu finden.

In der ministeriellen Abschlusserklärung des G7-Gipfels in Evian versuchen die Minister, mit dem Versprechen von „Effektivität“ die „Entwicklungshilfe“, also die staatliche Absicherung des imperialistischen Kapitaleports, zu koordinieren.²⁶ Im Bereich der Gesundheitsversorgung soll das gezielt unter Einbeziehung der G7-Finanzinstitutionen geschehen, also von vornherein unter der Vorherrschaft des westlichen Kapitals.²⁷ Die Einigkeit der G7-Staaten besteht also offensichtlich darin, der Entwicklungshilfe der chinesischen Belt-and-Road-Initiative entgegenzutreten, die vor allem im Gesundheitssektor für massive Verbesserungen in den ehemaligen Kolonialländern sorgt.²⁸

Als These formuliert: Der G7-Block ist der Ausdruck der Bildung des imperialistischen Lagers, die imperialistische Integration wird vertieft unter Bedingungen der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Seine Beschlüsse dienen als politische Richtlinien für die gemeinsamen Interessen des imperialistischen Lagers. Auf den Gipfeln werden auch die innerimperialistischen Widersprüche ausgetragen.

5. Instrument des Hauptkriegstreibers: die NATO

„Wir haben es mit Ländern zu tun, die eindeutig einen imperialistischen Charakter haben, wie die USA, Deutschland, Frankreich, Britannien und Japan – sie haben sich Konstrukte wie die NATO und die EU gegeben, die selbst einen imperialistischen Charakter haben, Kräfte bündeln und innerimperialistische Konflikte verwalten helfen sollen.“²⁹

²⁴Ludwig Schröder, Axel Pinck: Nach den Wirtschaftsgipfeln, Marxistische Blätter 5/1978, S. 1-5.

²⁵Vgl. Patrik Köbele: Überlegungen zur aktuellen Analyse und zu Entwicklungen des Imperialismus. Referat auf der 4. PV-Tagung, Essen 2026, S. 7.

²⁶G7-Treffen in Evian: Ministerial Communiqué, 30.4.2026, unter <https://g7g20-documents.org/database/document/2026-g7-france-ministerial-meetings-development-ministers-ministers-language-ministerial-communication>, abgerufen am 9. Juni 2026.

²⁷Developement Ministers, G7-Treffen in Evian: G7 Financing for Development - Framework for Promoting Health Sovereignty Financing and Self-Reliance, online unter <https://g7g20-documents.org/database/document/2026-g7-france-ministerial-meetings-development-ministers-ministers-language-g7-financing-for-development-framework-for-promoting-health-sovereignty-financing-and-self-reliance>, abgerufen am 9. Juni 2026.

²⁸Uwe Behrens: Der Umbau der Welt. Wohin führt die Neue Seidenstraße?, Berlin 2022. Jörg Kronauer: Eine Welt ohne Hegemon. China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft, Hamburg 2024.

²⁹Patrik Köbele: Referat beim 25. Parteitag der DKP, DKP-Intern 2/2023, S. 10 f.

Die NATO wurde 1949 gegründet und war das Gegenstück des imperialistischen Lagers gegen die UNO. Während die UNO einschließend, integrierend wirken und gemeinsam Lehren aus Faschismus und Krieg ziehen sollte, die friedliche Koexistenz als die dem sozialistischen Aufbau am besten dienende Form des internationalen Klassenkampfes verwirklichen sollte, schloss die NATO von Beginn an den weltanschaulichen Gegner Sowjetunion und die sich national befreienden Staaten aus.

Die NATO ist eine imperialistische Allianz, sie vereinigt die Räuber und die Bündniskräfte der Räuber. Sie dient folglich sowohl der Formulierung einer einheitlichen Position in Militärfragen, der Integration von Bündniskräften der Räuber, also dem, was Lenin die fortgeschrittenen Länder nannte.³⁰

6. Hauptinstrument des deutschen Imperialismus: die EU

Der deutsche Imperialismus hat eine lange Tradition der besonderen Aggressivität. Diese liegt begründet in der späten Bildung des Nationalstaats und dem damit verbundenen späten Zugriff auf ein zentrales Instrument zur Teilnahme des entstehenden deutschen Monopolkapitals an der Aufteilung der Welt.³¹ Daraus entsteht eine stärkere Orientierung des deutschen Imperialismus auf seinen geografischen Nahraum, von dem ausgehend die „Griffe nach der Weltmacht“ erfolgen.³² 1929 schreibt Varga, dass die allgemeine Krise zum Zusammenschluss der europäischen Kapitalisten zur Schaffung eines eigenen, von den USA unabhängigen Marktes zwingt, er verweist auf die damaligen *Pan-Europa-Ideen* und die entstehenden deutsch-französischen Kartelle.³³

Die EU ist entstanden als politischer Teil der US-geführten NATO-Strategie der Integration der Konkurrenten BRD und Frankreich. Sie hat seitdem und namentlich seit 1990 die immer stärkere Tendenz einer eigenständigeren Politik, die teilweise offen im Widerspruch zur US-Politik artikuliert wird. Sie dient vorrangig dem deutschen und dem französischen Imperialismus zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den Randgebieten des imperialistischen Lagers, in ihr wird der Widerspruch zwischen dem französischen und dem deutschen Imperialismus ausgetragen.³⁴

³⁰Patrik Köbele: Überlegungen zur aktuellen Analyse der Entwicklung des Imperialismus, S. 12.

³¹Eugen Varga: Die historischen Wurzeln der Besonderheiten des deutschen Imperialismus (Berlin, 1946), in: Ausgewählte Schriften, Band 1, S. 427-448.

³²Reinhard Opitz: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 21-44.

³³Eugen Varga: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vierten Vierteljahr 1929, (Internationale Pressekorrespondenz 12/1930), S. 265-305, in: Ausgewählte Schriften, Band 1, S. 324-426, hier S. 384 f.

³⁴Andreas Wehr: Europa ohne Demokratie?, Köln 2004. Ders.: Das Publikum verlässt den Saal, Köln 2006. Ders.: Die Europäische Union, Köln 2012. Ders.: Europa, was nun?, Köln 2018.

AG II: Bericht der AG „Die Rolle von G7, NATO und EU“

Die zweite Arbeitsgruppe diskutierte anhand eines Einstiegsreferats die Rolle, die der G7-Block, die NATO und die EU für die imperialistische Weltordnung spielen.

Das Referat leitete die Rolle der drei internationalen Organisationen aus der mit der Oktoberrevolution begonnenen allgemeinen Krise des Kapitalismus her. Für die imperialistischen Mächte ergab sich aus der Herausbildung beziehungsweise Stärkung der drei Hauptströmungen im internationalen Klassenkampf (der Arbeiterbewegung in imperialistischen Ländern, den sozialistischen Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen) vor allem nach 1945 die Notwendigkeit der Bildung eines gemeinsamen imperialistischen Lagers.

G7-Block, NATO und EU sind die Organisationen dieses imperialistischen Lagers, sie dienen zur Moderation der weiter bestehenden zwischenimperialistischen Widersprüche, zu gemeinsamen Absprachen, zur Integration von Bündniskräften der imperialistischen Räuber sowie zur Abwehr von Gegenkräften.

Alle drei Organisationen strukturieren das imperialistische Lager und mit ihm zugleich das konkrete imperialistische Weltsystem, mit dem wir es zu tun haben. Jede Organisation hat dabei natürlich besondere Aufgaben, so wird etwa in der EU vor allem der Widerspruch zwischen deutschem und französischem Imperialismus ausgetragen, zugleich soll sie aus Perspektive des deutschen Imperialismus als ökonomische Ausgangsbasis für die angestrebte eigenständige Weltmachtrolle dienen.

Über den Begriff des imperialistischen Lagers und sein Verhältnis zum Imperialismus als Weltsystem entspann sich im Anschluss an das Referat eine Debatte, in der eine Seite das imperialistische Weltsystem als Form der Durchsetzung eben des skizzierten Lagers der imperialistischen Räuber kennzeichnete, während die anderen den Begriff des imperialistischen Weltsystems vor allem als objektiven Handlungsrahmen für alle ihm unterworfenen Staaten verstanden wissen wollten, innerhalb dessen etwa auch neue imperialistische Länder aufsteigen könnten.

Diskutiert wurde aber auch über den Zusammenhang der Entwicklungen des Imperialismus und seiner Organisationen mit den kapitalistischen Krisen, den Einfluss Chinas auf die Organisationen des imperialistischen Lagers sowie den Grad der Zerrissenheit dieser Organisationen auch in Bezug auf die aktuelle Politik der USA gegenüber den internationalen Organisationen.

AG III: Die Rolle von BRICS/SCO beim Kampf gegen den Neokolonialismus · Einleitungsreferat von Matthew Read

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Frage der Rolle des BRICS-Bündnisses und der SCO im Kampf gegen den Neokolonialismus lässt sich nicht beantworten, ohne den größeren historischen Zusammenhang herzustellen. Wer diese Bündnisse beurteilen will, muss von einer Gesamtbilanz des antiimperialistischen Kampfes in unserer Epoche ausgehen. Nur so lassen sich Bedeutung und Grenzen der Bewegung hin zur sogenannten „Multipolarität“ wirklich einschätzen.

Ich werde daher diese Einleitung dafür nutzen, um die Rolle der unterdrückten Länder im Kampf für den Sozialismus historisch einzuordnen – von der ursprünglichen Unterwerfung bis zur Gegenwart. Ich leite aus dieser Geschichte fünf Thesen ab, die wir als Grundlage für die Diskussion nutzen können.

Koloniale Unterwerfung und Abhängigkeit

Zunächst eine grundlegende Feststellung zum Subjekt unserer Diskussion: Der Kapitalismus in Afrika, Asien und Lateinamerika ist nicht aus einem organischen historischen Prozess der jeweiligen Gesellschaften hervorgegangen – wie das in Europa und Nordamerika der Fall war. Den Ländern Afrikas und Asiens wurden kapitalistische Verhältnisse vor allem im späten 19. Jahrhundert durch koloniale Unterwerfung von außen aufgezwungen. Diese Länder wurden nicht als eigenständige Volkswirtschaften in den Weltmarkt integriert, sondern als abhängige und ausgebeutete Anhängsel.

Das erzeugte tiefe Widersprüche. Kapitalistische Elemente wurden in Gesellschaften implantiert, die sonst von feudalen oder vorseudalen Verhältnissen geprägt waren. Es konnten keine kohärenten Ökonomien entstehen – die Wirtschaften der Kolonien waren nicht auf die eigene Region und den eigenen Kontinent ausgerichtet, sondern auf den Export nach Europa oder Nordamerika. Die gesellschaftlichen Prozesse, die in Europa die bürgerlichen Nationen hervorgebracht hatten, konnten sich in diesen Ländern somit nicht entfalten. Das Resultat war forcierte, strukturelle Unterentwicklung und Abhängigkeit.

Für Lenin war die Ausbeutung einer „großen Zahl unterdrückter Völker“ durch „eine verschwindende Zahl unterdrückender Völker“ das „charakteristische Merkmal des Imperialismus“ (LW 31, 228). Im Kampf gegen die Reformisten der II. Internationale betonte er immer wieder, dass diese Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen „das Grundlegende, Wesentliche und Unvermeidliche beim Imperialismus“ ist (LW 22, 149). Lenin deckte den Zusammenhang zwischen dieser kolonialen Ausbeutung und dem Opportunismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf: Aus den Extraprofiten aus den abhängigen Ländern konnte die imperialistische Bourgeoisie führende Teile der Arbeiterbewegung im eigenen Land beschwichtigen (LW 28, 445). Diese Tatsache brachte Lenin 1919 zu dem Schluss, dass „die sozialistische Revolution nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein“ werde, sondern ein Kampf „aller abhängigen Länder gegen den internationalen Imperialismus“ (LW 30, 144).

Dekolonisierung

Die Komintern sprach deswegen von einem „revolutionären Weltprozess“ in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution und der Entstehung weiterer sozialistischer Staaten nach 1945 entfalteten sich drei ineinandergreifende Strömungen auf der Weltbühne: die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern, die

Staaten des Realsozialismus und die antikolonialen Bewegungen in den unterdrückten Ländern. Dies waren die drei Schauplätze, auf denen der weltweite Kampf gegen den Imperialismus ausgetragen wurde.

Antikoloniale Bewegungen flammten Anfang des 20. Jahrhunderts auf – in China, Persien, Java und anderswo. Doch erst die grundlegende Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg – mit der Sowjetunion als Siegermacht und der Bildung eines sozialistischen Weltsystems – ermöglichte es, die politische Unabhängigkeit in großen Teilen Afrikas und Asiens zu erringen.

Die Dekolonisierungswelle der 1950er und 1960er Jahre brachte einer Reihe von Ländern die formale Unabhängigkeit – aber noch keine ökonomische. Die „jungen Nationalstaaten“ erbten die Wirtschaftsstrukturen des Kolonialismus: Rohstoffexporte, Monokulturen, fehlende Industriebasis, technologische Abhängigkeit. Eine zweite Phase der nationalen Befreiung stand also noch aus. Die imperialistischen Mächte gingen zu neuen Formen neokolonialer Herrschaft über: Sie nutzten wirtschaftliche Abhängigkeit, politischen Druck, ideologische Hegemonie und militärische Drohungen, um die zweite Phase der Befreiung zu verhindern.

Doch mit dem sozialistischen Lager an ihrer Seite konnten die jungen Nationalstaaten zunächst bedeutende Fortschritte erzielen. Die RGW-Staaten begannen, sozialistisch orientierte Länder wie Mali, Mosambik und Afghanistan durch Technologietransfer, Kaderausbildung und Entwicklungskredite zu unterstützen. Sie unterstützten aber auch die nationale Bourgeoisie in Ländern wie Indien, sodass diese Staaten auf der Grundlage von Verstaatlichungen, Schutzzöllen und Fünfjahresplänen umfangreiche Industrialisierungsprogramme vorantreiben konnten. Die Logik dahinter: Selbst in kapitalistisch geprägten Staaten wie Indien wird eine Verringerung neokolonialer Abhängigkeiten den Imperialismus objektiv schwächen.

Neokoloniale Offensive

Ab den späten 1970er Jahren geriet der revolutionäre Weltprozess jedoch zunehmend in die Defensive: Schuldenkrisen, Putsche, militärische Interventionen, politische Stagnation in der Sowjetunion. Die imperialistischen Mächte nutzten Zahlungsbilanzkrisen in Ländern wie Indien, Südafrika und Brasilien als Hebel, um die Errungenschaften der vorherigen Jahrzehnte zurückzudrehen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank – mit einem faktischen Monopol hinsichtlich des internationalen Währungs- und Finanzsystems – erwiesen sich als zentrale Instrumente dieser nekolonialen Offensive.

Die „Entlastungspakete“ für die verschuldeten Länder waren mit strengen Konditionen verbunden: Abbau von Schutzzöllen, Privatisierung von Staatsbetrieben, Deregulierung zugunsten ausländischer Konzerne – der sogenannte „Washington Consensus“ wurde durchgesetzt. Mit dem Ende der Sowjetunion 1991 war der Weg frei für eine umfassende internationale Konterrevolution: Zerschlagung des sozialistischen Lagers, Zersetzung der Gewerkschaften in den imperialistischen Hauptländern und verstärkte Unterwerfung der abhängigen Länder.

Die Politik des IWF war ein gezielter Angriff auf die Industrialisierung der ehemaligen Kolonien. In Brasilien sank der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 35 Prozent Mitte der 1980er Jahre auf etwa 13 Prozent heute, in Südafrika im selben Zeitraum von 24 auf ebenfalls 13 Prozent und in Indien von 19 auf 14 Prozent. In Russland sahen wir die wohl größte Vernichtung von industriellen Kapazitäten in der Geschichte.

Die Folge war vorhersehbar und gewollt: die Rückkehr zu verstärkter, asymmetrischer Abhängigkeit. Die aufstrebende Computer- und Halbleiterproduktion in Brasilien und Indien wurde beispielsweise dezimiert. Heute exportiert Brasilien wieder überwiegend Agrarrohstoffe und Indien importiert 80 Prozent seiner IT-Hardware. Ähnlich verlief es in ganz Afrika und Lateinamerika. Die imperialistische

Bourgeoisie konnte dadurch ihr Monopol hinsichtlich strategischer Technologien und Finanzen aufrechterhalten.

Verfangen im Geist des „Endes der Geschichte“ ließen sich die herrschenden Klassen in den abhängigen Ländern großenteils auf Unterordnung und Kollaboration während der 1990er und frühen Nullerjahre ein. Den Kräften um Boris Jelzin wurde vorgegaukelt, Russland könne dem Club der Großmächte beitreten. In Indien, Brasilien und Südafrika murrten bestimmte Kapitalfraktionen, doch die Bereitschaft zur Konfrontation mit den Großmächten blieb begrenzt.

Erst der Sturz in die Weltwirtschaftskrise 2007/2008 änderte dies. Der Siegesrausch des Liberalismus war verfliegen, das Vertrauen in die imperialistischen Institutionen erschüttert. Es wurde deutlich, dass die hoch verschuldeten USA kein verlässlicher Abnehmer für Exporte waren. In den abhängigen Ländern wuchs die Forderung nach mehr Mitbestimmung und Süd-Süd-Kooperation – alles unter dem Begriff „Multipolarität“.

Die Rolle Chinas

In dieser Zeit erlangte die Volksrepublik China neue Anerkennung und Aufmerksamkeit – im Gegensatz zu fast allen anderen abhängigen Ländern war es ihr gelungen, eine umfassende Industrialisierung voranzutreiben und große Fortschritte auf dem Weg zu stärkerer technologischer Souveränität zu machen. Die Erfolge der „Reform- und Öffnungspolitik“ der KP Chinas standen in krassem Gegensatz zu den katastrophalen Ergebnissen des „Washington Consensus“.

Mit der Gründung des BRICS-Bündnisses im Jahr 2009 schlossen sich einige der größten abhängigen Länder zusammen – in der Hoffnung, die neokolonialen Schranken zu umgehen. Zunächst versuchte das Bündnis, innerhalb der bestehenden Institutionen Reformen durchzusetzen – allen voran eine Demokratisierung der IWF-Stimmrechte im Jahr 2012. Als die USA dieses Vorhaben blockierten, wagten es die BRICS-Staaten, ihre eigenen Institutionen zu schaffen: 2014 wurde die New Development Bank gegründet. Parallel dazu initiierte China die Neue Seidenstraße und gründete die Asian Infrastructure Investment Bank.

Diese neuen Institutionen vergeben Kredite ohne politische Konditionierung – im Gegensatz zum IWF und zur Weltbank. Das eröffnet den Empfängerländern erstmals seit Jahrzehnten wieder Spielräume für eine eigenständige Industrialisierungspolitik – und, viel wichtiger, es entzieht den imperialistischen Staaten allmählich eines ihrer wichtigsten neokolonialen Instrumente.

Ohne China wäre dies nicht möglich. Die Volksrepublik stellt rund 70 Prozent des BRICS-BIP und ist der unbestrittene technologische Vorreiter – der einzige BRICS-Staat, der die neokolonialen Schranken durchbrochen hat. China vollzieht gerade den entscheidenden Übergang von der Kosteninnovation zur Produktionsinnovation, also von der Nachahmung zur eigenständigen Technologieentwicklung. Die anderen BRICS-Staaten können dadurch ihre technologische Abhängigkeit gegenüber dem G7-Block schrittweise verringern. Gleichzeitig untergräbt die Abwicklung des Handels in lokalen Währungen die Dollar-Hegemonie.

Wir sehen also: Der vom BRICS-Bündnis geschaffene institutionelle Rahmen ist keine systemische Alternative zur kapitalistischen Weltordnung, aber er schwächt die Durchsetzungsfähigkeit der neokolonialen Politik innerhalb dieser Ordnung.

In dieser Auseinandersetzung spielt Russland eine besondere Rolle. Es hat sich mittlerweile zur offensivsten Gegenmacht gegenüber dem G7-Block entwickelt – vor allem in der militärischen Konfrontation mit der NATO. Das ist Ausdruck einer gewachsenen Bereitschaft der russischen Bourgeoisie, sich dem Neokolonialismus zu widersetzen.

Doch konsequent sind das BRICS-Bündnis und die SCO längst nicht. Sie agieren nicht als Blöcke,

sondern als lose Zusammenschlüsse von Einzelstaaten mit individuellen Interessen. Ihr gemeinsamer Nenner ist schlicht: Sie alle werden in der einen oder anderen Form vom Imperialismus unterdrückt. Indien und Brasilien schwanken stark zwischen Kollaboration und Konfrontation: Das sahen wir bei Indiens neuem Energie-Abkommen mit den USA sowie bei Brasiliens Blockadehaltung gegenüber der Maduro-Regierung in Venezuela. In Russland und Iran drängen offenbar kompradorische Elemente innerhalb der herrschenden Klasse auf eine Rückkehr zur Unterwerfung. Eine politische Vision jenseits von mehr Souveränität und „Multipolarität“ existiert in diesen Bündnissen zurzeit nicht.

Fünf Thesen

Aus meiner Sicht lassen sich fünf Schlussfolgerungen aus dieser Geschichte ziehen:

Erstens: Wir müssen uns mit den Besonderheiten der ehemaligen Kolonien auseinandersetzen. Es wäre analytisch falsch, von der historischen Entwicklung dieser Staaten zu abstrahieren und sie mit allen anderen kapitalistischen Staaten in einen Topf zu werfen, nur weil ihre Staatlichkeit bürgerlich geprägt ist und weil monopolistische Strukturen vorhanden sind. Der Kapitalismus entwickelte sich in diesen Ländern grundlegend anders als in Nordamerika und Europa – viele haben zum Beispiel keine bürgerliche Landreform und keine umfassende Industrialisierung durchgemacht. Das hat andauernde Auswirkungen sowohl auf die Klassenstruktur in diesen Ländern als auch auf ihre Stellung in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung. Die ehemaligen Sowjetrepubliken durchliefen eine Sonderentwicklung nach der Konterrevolution, die aber genauso eine konkrete Untersuchung erfordert. Hier besteht aus meiner Sicht Forschungsbedarf.

Zweitens: Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind mehrheitlich weiterhin als unterdrückte, abhängige Staaten im imperialistischen Weltsystem integriert. Das ist eben, wie Lenin feststellte, ein Wesenszug des Imperialismus – die Unterscheidung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Ländern.

Ja, die meisten dieser Staaten haben mittlerweile ausgeprägte kapitalistische Produktionsverhältnisse entwickelt – und das erzeugt notwendigerweise den Drang, über die nationalen Grenzen hinaus zu expandieren. Doch dieser Drang wurde bis jetzt stets von den unterdrückenden Staaten in Zaum gehalten. Deswegen stehen die unterdrückten Länder weiterhin im objektiven Widerspruch zum imperialistischen System.

Drittens: Wenn wir daran festhalten, dass wir uns weiterhin in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden, dann gilt Lenins Revolutionstheorie nach wie vor: Der Kampf für den Sozialismus muss als Weltprozess geführt werden. Die Vorstellung einer rein nationalen sozialistischen Revolution – die einheimische Arbeiterklasse gegen die einheimische Bourgeoisie, Land für Land – ignoriert zwei zentrale Erkenntnisse Lenins – erstens die Analyse des Opportunismus in den imperialistischen Ländern und zweitens das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus.

Ja, der Imperialismus kann letztendlich nur durch den Sozialismus überwunden werden – aber dieser Kampf muss sich an mehreren Fronten über einen längeren Zeitraum entfalten: in den imperialistischen Staaten, in den Staaten des sozialistischen Aufbaus und in den unterdrückten Ländern. Die Rückschläge der 1990er Jahre waren erheblich – aber die drei Strömungen des Weltprozesses entwickeln sich trotzdem weiter.

Viertens: Das BRICS-Bündnis und die SCO sind in diesem längeren konkret-historischen Kontext zu verstehen – als Ausdruck des Versuchs der abhängigen Länder, sich gegen neokoloniale Eingriffe zu wehren. Solche Bündnisse sind zurzeit inkonsequent und schwankend – das resultiert aus dem Klassencharakter dieser Staaten, aber auch aus der aktuellen Schwäche der anderen Strömungen im

revolutionären Weltprozess. Nach der Niederlage der Sowjetunion ist der subjektive Faktor im antiimperialistischen Kampf zweifellos geschwächt.

Dennoch bringen heute das BRICS-Bündnis und die SCO objektiv antiimperialistische Wirkungen hervor. Objektiv heißt: unabhängig von den subjektiven Motivationen einzelner bürgerlicher Führungskräfte mancher diesen Staaten. Der Aktionsradius der imperialistischen Staaten wird eingeengt. Das Monopol hinsichtlich des internationalen Finanzsystems bröckelt. Die Dollar-Hegemonie wird geschwächt. NATO-Regime-Change-Operationen stoßen auf reale Grenzen. Spielräume für den antiimperialistischen Kampf entstehen.

Fünftens: Als Kommunisten stehen wir diesen Entwicklungen nicht gleichgültig gegenüber. Das Bild zweier konkurrierender kapitalistischer Blöcke (also der G7-Block gegen das BRICS-Bündnis) ist aus zwei Gründen gefährlich: Es ist schematisches Denken, das alle kapitalistischen Staaten gleichsetzt, und es nützt den Imperialisten. Es schürt Gleichgültigkeit unter den Werktätigen in Deutschland gegenüber den Opfern des Neokolonialismus. Dabei ist es in unserem Interesse, im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, dass die abhängigen Länder sich erfolgreich wehren.

Unsere Schwesterparteien in Russland, Brasilien, Südafrika und Indien kämpfen zu Recht innerhalb dieser Entwicklungen für eine konsequente antiimperialistische Linie – gegen kompradorische Elemente in ihren Ländern, für die Stärkung des subjektiven Faktors. Das ist die Voraussetzung für den Erfolg des antineokolonialen Widerstands. Es ist eine widerspruchsvolle Aufgabe – aber sie entspricht den Anforderungen der aktuellen Etappe dieser Epoche.

Für uns in Deutschland ist die Aufgabe die Wiederbelebung unserer Strömung im revolutionären Weltprozess – das heißt, die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften zu stärken, sodass sie den Kampf gegen das deutsche Monopolkapital führen können. Als Kommunistische Partei in einem imperialistischen Hauptland haben wir eine besondere Verantwortung auf dem Feld des ideologischen Kampfes. Die Dämonisierung der Länder, die sich dem Neokolonialismus widersetzen, soll die Friedens- und Arbeiterbewegung spalten sowie die Bevölkerung darauf vorbereiten, imperialistische Angriffe mit Gleichgültigkeit hinzunehmen. Das ist in Bezug auf Russland, Venezuela und den Iran auch gelungen – Proteste gegen die Angriffe auf diese Länder blieben weitgehend aus.

Wir stehen vor der komplizierten Aufgabe, den Einfluss der bürgerlichen Kriegspropaganda aus unseren Bewegungen zurückzudrängen. Das gelingt nur Schritt für Schritt und nur in Verbindung mit den ökonomischen und politischen Klassenkämpfen in diesem Land. Aber Aufklärung über den Neokolonialismus ist ein unverzichtbarer Teil unserer Arbeit für eine starke Friedensbewegung. Die Solidarität muss die Gleichgültigkeit ablösen.

AG III: Bericht der AG „Die Rolle des BRICS-Bündnisses und der SCO im Kampf gegen den Neokolonialismus“

Einleitung und Rahmen

Das Einleitungsreferat bot eine konkret-historische Einordnung der unterdrückten Länder im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab – von der kolonialen Unterwerfung über das Erringen formaler Unabhängigkeit und die internationale Konterrevolution nach 1989 bis zur Gründung und Ausweitung des BRICS-Bündnisses. Ausgangspunkt war Lenins Unterscheidung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Ländern und die Kritik an der Unterschätzung nationaler Befreiungsbewegungen durch den Opportunismus. Der Zusammenhang zwischen imperialistischen Extraprofiten und der Korruption der Arbeiterbewegung in den Hauptländern macht deutlich: Die sozialistische Revolution wird nicht einfach jeweils in einzelnen Ländern stattfinden, sondern ist ein weltweiter Prozess verschiedener Kräfte.

Entscheidend war auch die These, dass der Kapitalismus in Afrika, Asien und großen Teilen Lateinamerikas nicht organisch entstand, sondern durch koloniale Unterwerfung aufgezwungen wurde. Die Folgen – strukturelle Abhängigkeit, exportorientierte Wirtschaftsstrukturen, fehlende eigenständige Industrialisierung – prägen diese Länder bis heute. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 markierte einen tiefen Einschnitt. IWF und Weltbank wurden zu Instrumenten einer neokolonialen Offensive, die in vielen Ländern zur Deindustrialisierung und verstärkten Abhängigkeit führte. Das BRICS-Bündnis verkörpert den Versuch der abhängigen Länder, sich gegen solche neokolonialen Eingriffe zu wehren.

Konsens

Die Diskussion verlief konstruktiv und sachlich. Mehrere Punkte fanden Zustimmung:

- Wir befinden uns weiterhin in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab.
- Als gemeinsame Grundlage gilt: Der Hauptaggressor ist der G7-Block unter Führung der USA.
- Der Aufstieg des BRICS-Bündnisses bringt zurzeit Widersprüche hervor, die für antiimperialistische Kräfte sehr relevant sind.
- Die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien vollzog sich wesentlich anders als in Europa und Nordamerika und erfordert daher eine konkrete Untersuchung in den jeweiligen Ländern.
- China kann nicht mit der historischen Rolle der Sowjetunion gleichgesetzt werden. Anders als die Sowjetunion verfolgt die Volksrepublik zurzeit keine Politik der aktiven Unterstützung von revolutionären Bewegungen, sondern eher das Prinzip der Nichteinmischung.

Dissens

Zwei grundlegende Gegenpositionen zur Wirkung des BRICS-Bündnisses, der SCO und Chinas bildeten sich in der Diskussion heraus:

Position 1: Objektiv antiimperialistische Wirkung

- Eine Mehrheit vertrat die Position, dass das BRICS-Bündnis und die SCO derzeit objektiv antiimperialistische Wirkungen hervorbringen – nicht unbedingt als Ausdruck bewusster antiimperialistischer Politik, sondern indem sie die Hegemonie der G7-Staaten schwächen und bestehende

neokoloniale Mechanismen untergraben. Diese Entwicklung ist nicht geradlinig, sondern eine Tendenz.

- Solche Kooperationen wie das BRICS-Bündnis und die SCO sind zurzeit keine konsequent anti-imperialistischen Bündnisse, sondern lose Zusammenschlüsse mit unterschiedlichen Interessenlagen. Ihr gemeinsamer Nenner ist die Erfahrung beziehungsweise die Abwehr imperialistischer Dominanz. Die Arbeiterbewegung in den „Räuberstaaten“ hat jedoch ein Interesse daran, dass diese Länder sich erfolgreich wehren, denn wir kämpfen gegen denselben Feind. Der Dämonisierung von Ländern, die sich dem Neokolonialismus widersetzen, muss von uns aktiv entgegengetreten werden.
- Neue Institutionen wie die New Development Bank (NDB) oder die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) eröffnen Entwicklungsspielräume, da sie nicht an die klassischen politischen Konditionalitäten westlicher Institutionen gebunden sind. Allerdings reichen neue Spielräume allein nicht aus: Entscheidend bleibt eine konsolidierte Staatsmacht mit offensiver Industrialisierungspolitik in den Empfängerländern. Die Spielräume müssen aktiv ausgenutzt werden.
- Die KP China betreibt eine Politik des sozialistischen Aufbaus. Die Volksrepublik befindet sich auf dem Weg zum Sozialismus.
- Imperialismusverständnis: Der Imperialismus wird als Weltsystem begriffen – und die Unterscheidung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Ländern bleibt dabei zentral. Wer sie aufgibt und alle Staaten pauschal als kapitalistisch/imperialistisch bezeichnet, verliert den strukturellen Charakter des Systems aus dem Blick. Gerade weil diese Hierarchie dem Imperialismus wesentlich ist, gilt: Die Schwächung der unterdrückenden Länder versetzt das imperialistische System als Ganzes in die Krise. Der Imperialismus kann nur durch den Sieg des Sozialismus überwunden werden, aber dieser Sieg muss an mehreren Fronten über einen längeren Zeitraum erkämpft werden.

Position 2: Neue Blöcke aufsteigender kapitalistischer Staaten

- Die Konkurrenz zwischen dem BRICS-Bündnis und dem G7-Block erzeugt zwar Widersprüche im imperialistischen Weltsystem, die antiimperialistische Kräfte ausnutzen können – dies allein schwächt jedoch nicht den Imperialismus als Weltsystem. Es entstehen neue Abhängigkeiten und kapitalistische Widersprüche bleiben bestehen. Es findet bloß eine Verschiebung der Kräfte innerhalb des imperialistischen Systems statt.
- Die KP China verfolgt keine Politik des sozialistischen Aufbaus. Der Kapitalismus wird in China restauriert und die Volksrepublik betreibt notwendigerweise eine kapitalistische/imperialistische Außenpolitik.
- Russland spielt ebenso keine antiimperialistische Rolle – weder subjektiv noch objektiv. Das Land ist entweder bereits imperialistisch oder dabei, sich als imperialistischer Staat zu etablieren.
- Kontrovers diskutiert wurde die Rolle Chinas in Afrika: Kritisiert wurden die Konzentration auf Rohstoffgewinnung und fehlende Verbesserungen für die Bevölkerung (zum Beispiel im Kongo). Die Frage, ob chinesische Infrastrukturprojekte und Kredite neue Formen von Abhängigkeit reproduzieren, blieb strittig. Hier wurde die Entwicklung in Äthiopien als Gegenbeispiel benannt.
- Imperialismusverständnis: Der Imperialismus darf nicht auf eine Handvoll imperialistischer Staaten reduziert werden. Wenn die Führungsrolle einer imperialistischen Macht geschwächt wird, bedeutet das nicht, dass die Herrschaft des Imperialismus insgesamt zurückgeht.

Offene Fragen und Forschungsbedarf

Mehrere Fragen wurden als ungeklärt identifiziert und bedürfen weiterer Untersuchung:

- **Charakter der Spielräume:** Was genau bedeutet es, dass das BRICS-Bündnis und die SCO neue „Spielräume“ eröffnen? Tragen NDB und AIIB zur nationalen Befreiung bei oder schwächen sie lediglich die Durchsetzungsfähigkeit neokolonialer Mechanismen? Oder, ganz im Gegenteil, schaffen sie bloß neue Abhängigkeitsverhältnisse? Es wurde gefordert, anhand konkreter Beispiele (etwa Kongo, Äthiopien) zu untersuchen, ob und wie diese Spielräume genutzt werden.
- **Hegemonieverlust des Imperialismus:** Ist die Schwächung der führenden imperialistischen Großmacht gleichbedeutend mit einer Krise des imperialistischen Systems als Ganzem – oder können andere Mächte die Hegemonie übernehmen, ohne das System zu erschüttern? Die Frage, was Hegemonie hier konkret bedeutet und wie sie verloren geht, blieb strittig.
- **Neokolonialismus:** Was sind die konkreten Mechanismen des Neokolonialismus? Ist jedes Land theoretisch in der Lage, neokolonialistische Politik zu betreiben? Oder ist der Neokolonialismus ein historisch entstandenes Verhältnis zwischen ehemaligen Kolonialmächten und ehemaligen Kolonien beziehungsweise Halbkolonien?
- **Basis und Überbau in China:** Kann der chinesische Staat bestimmen, wie er Handel betreibt, oder zwingen die Marktgesetze die Volksrepublik dazu, ausbeuterische Handelspraktiken zu betreiben? Das Verhältnis von Basis und Überbau blieb ein zentraler Streitpunkt.
- **Kreditvergabe der NDB:** Inwiefern unterscheidet sich die Praxis der BRICS-Bank tatsächlich von der westlicher Institutionen? Welchen Charakter haben die Kredite konkret – Entwicklungsförderung oder neue Schuldenfallen?
- **Rolle der SCO:** Der Beitrag der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit zum antiimperialistischen Weltprozess wurde nur am Rande behandelt und erfordert gesonderte Untersuchung.
- **Indiens Rolle:** Indien verfolgt eine eigenständige Machtpolitik und bewegt sich zwischen Kooperation mit und Konkurrenz zu China. Unsere Schwesterpartei schätzt ein, dass die Regierung faschistisch ist und dass die Großbourgeoisie keine fortschrittliche Rolle in Indien spielen kann. Ist diese Analyse schlüssig und was bedeutet das für Indiens Rolle auf der Weltbühne?
- **Begrifflichkeit:** Wie gehen wir mit Begriffen um, die ursprünglich aus der bürgerlichen Wissenschaft stammen (zum Beispiel Globaler Süden, Multipolarität, Entwicklungsland und so weiter)?

Methodische Hinweise aus der Diskussion

Mehrere Beiträge betonten die Notwendigkeit eines weiten, historischen Blicks. Hegels „Das Wahre ist das Ganze“ wurde als Argument gegen eine Engführung auf Einzelphänomene eingeführt: Der Kampf gegen den Neokolonialismus verläuft nicht geradlinig, sondern entfaltet sich widersprüchlich. Eine Analyse allein seit der BRICS-Gründung 2009 reicht nicht aus – der längere historische Bogen ist notwendig.

Gleichzeitig wurde vor einer Verallgemeinerung auf Basis von Einzelbeispielen gewarnt. Konkrete Mechanismen – Kreditbedingungen, Infrastrukturprojekte, Handelsbilanzen – müssen empirisch untersucht werden. Die Diskussion zeigte, dass der Forschungsbedarf groß ist.

Weitgehend geteilt wurde die analytische Unterscheidung zwischen dem Charakter der BRICS-Staaten und ihren objektiven Wirkungen im internationalen Kräfteverhältnis. Unter Verweis auf Lenin und Stalins Werk „Über die Grundlagen des Leninismus“ wurde betont: Unsere Einschätzung dieser Bewegungen muss „vom Standpunkt der wirklichen Resultate in der Gesamtbilanz des Kampfes gegen den Imperialismus“ erfolgen.

Fazit

Das BRICS-Bündnis und die SCO sind Ausdruck der gegenwärtigen Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse. Sie stellen keine sozialistischen Bündnisse dar, entfalten jedoch – nach Ansicht der Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – derzeit objektiv antiimperialistische Wirkungen: Sie schränken die Handlungsmöglichkeiten imperialistischer Zentren ein und eröffnen Entwicklungsspielräume für die drei Strömungen des revolutionären Weltprozesses.

Ihre Rolle bleibt widersprüchlich und muss im Zusammenhang des globalen Klassenkampfes und der konkreten historischen Entwicklung betrachtet werden. Ob und in welchem Maß die neu entstehenden Spielräume zu tatsächlicher Befreiung führen, hängt letztendlich vom Klassenkampf in den jeweiligen Ländern ab – und von der Fähigkeit der nationalen Kräfte, diese Spielräume aktiv zu nutzen.